

Dresdner Volkszeitung

Postkontos: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Druckpreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Telefon 25 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Telefon 25 281. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Melamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietsuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefwiederlegung 10 Goldpf.

Nr. 5

Dresden, Mittwoch den 7. Januar 1925

36. Jahrg.

Die preußische Krise Marx und der Rechtsblock

Das preußische Kabinett entschied sich am Dienstag mit sechs gegen zwei Stimmen der völksparteilichen Minister gegen eine Gesamtdimission, wie sie von der Volkspartei auf Grund des § 43 der Verfassung verlangt wurde. Die völksparteilichen Minister Dr. Boelzig und Dr. v. Richter reichten daraufhin ihre Dimission ein. Am Mittwoch vormittag werden die Fraktionen zu dem Kabinettsbeschluss Stellung nehmen.

Der Soz. Parlamentsdienst schreibt dazu:

Die Zentrumsfraktion des preußischen Landtages, bei der jetzt die Entscheidung über die Regierungsfrage in Preußen liegt, tritt am Mittwoch vormittag um 11 Uhr zusammen. Der Ausgang dieser Sitzung ist zwar schwerwiegend, aber nicht schwierig; denn es handelt sich um ein Erbrechen nur darum, ob die Zentrumsfraktion bereit ist, ihren Ministern im preußischen Kabinett zu folgen oder ob sie ihre Vertrauensmänner in der Regierung desavouieren will und gedenkt, ihre Politik ebenfalls nur von Parteirückblicken bestimmen zu lassen, wie es bei der Volkspartei der Fall ist. Eine Desavouierung liegt vor, sobald das Zentrum seine Minister zurückzieht, die selbst den § 43 der Verfassung im entgegengekehrten Sinne wie die Volkspartei ausgelegt haben. Entschieden sich das Zentrum gegen die Auffassung der Volkspartei und für seine Minister, dann dürfte die Regierung Breun vor den Landtag treten und dort die Vertrauensfrage stellen. In andern Fällen bleibt nichts anderes übrig als eine Gesamtdimission des Kabinetts.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags,

die am Dienstag nur eine kurze Aussprache über die politische Lage führte, wird sich am Mittwoch ebenfalls erneut mit den parlamentarischen Verhältnissen befassen. Soweit wir aus zuverlässiger Quelle unterrichtet wurden, richtet sich die Stimmung der Reichstagsfraktion „entschieden gegen einen Bürgerblock“ und „ebenfalls gegen eine verkleinerte Rechtskoalition“. Das soll auch für den Reichskanzler gelten. Er hat wie uns ausdrücklich versichert, keineswegs daran gedacht, sein bisheriges Kabinett einseitig durch deutschnationale Minister zu erweitern. Marx soll vielmehr daran gedacht haben, den ihm schon lange gehegten Plan der Volksgemeinschaft zu verwirklichen, und wollte zu diesem Zwecke angeblich auch an linksgerichtete Politiker herantreten. Wenn wir richtig unterrichtet sind, hat sich der Reichskanzler übrigens am Dienstag in der Zentrumsfraktion des Reichstags entschieden gegen den Vorwurf verwahrt, daß er sich nur einen Augenblick daran gedacht habe, einen verkleinerten Bürgerblock oder gar die offene Rechtskoalition zu verwirklichen.

Konstituierung der Reichstagsfraktion

Aus dem Reichstags wird uns mitgeteilt: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wählte in ihrer gestrigen Sitzung die Genossen Hermann Müller und Dittmann wieder zu ihren geschäftsführenden Vorsitzenden. Ebenso wurden die bisherigen Fraktionsvorstandsmitglieder Crispian, Dittmann, Senke, Hoch, Silberbrand, Silberding, Gers, Marie Juchacz, Vöbe, Scheidemann, D. Schumann, Stämpfer und Wels wiedergewählt. Neu hinzugewählt wurden die Genossen Luffhäuser und Großmann.

Ein Vorschlag zur Lösung des sächsischen Konflikts

Von einem ausländischen Genossen

Wir erhalten diesen Artikel von einem ausländischen Genossen, der an führender Stelle steht und die sächsischen Verhältnisse gut kennt. Der Artikel beweist das starke Interesse, das der Konflikt in der sächsischen Sozialdemokratie auch außerhalb der reichsdeutschen Partei findet. Der ausländische Genosse schlägt ein internationales Schlichtungsgericht vor. Wir glauben sagen zu dürfen, daß die sächsischen Genossen zunächst vorziehen werden, die innerhalb der deutschen Sozialdemokratie gegebenen Wege zu Ende zu gehen und von der Gesamtpartei die Wiederherstellung der in der Partei bisher gültigen demokratischen Grundzüge und ihre Anerkennung durch die 23 zu verlangen. Erst wenn diese Bemühungen erfolglos sein sollten, könnte an eine Vermittlung der Internationale gedacht werden. (Siehe S. 2, Dr. Volkstg.)

Der sächsische Parteikonflikt, der mit Recht und aus selbstverständlichem Ehrgeiz während des Wahlkampfes in den Hintergrund gestellt wurde, droht nun wieder lebhafter zu werden und einer Entscheidung zuzutreiben. Der Zustand, daß ein Landesparteitag einstimmig einen Beschluß faßt, dessen Durchführung von den parlamentarischen Vollzugsorganen des Parteidienstes — denn nichts anderes sind die Abgeordneten — unmöglich gemacht wird, eine Regierung, der vier sozialdemokratische Minister angehören und mit der die Parteiorganisationen beinahe alle Beziehungen abgebrochen haben, 23 Landtagsabgeordnete, die nach den Entschlüssen von Bezirksparteitagen bereits aufgehört der Partei zugehört, auf der andern Seite 15 oder 17 Abgeordnete, die gegen eine Regierung stimmen, in der vier Parteigenossen sitzen, bürgerliche Parteien, die erklären, mit der Sozialdemokratie keine Koalition eingegangen zu sein, sondern nur mit 23 Abgeordneten dieser Partei — das ist ein Zustand, den keine Partei ertragen kann, am wenigsten eine, die sich in einem Eneignungs- und Sammlungsprozeß befindet, wie die deutsche Sozialdemokratie. Die ganze Internationale muß ein wichtiges Interesse daran haben, daß der sächsische Konflikt nicht wieder zu einem Streit in der deutschen Sozialdemokratie oder zu einem Streit der Reichspartei mit der sächsischen Landesorganisation wird, der die deutsche Sozialdemokratie in ihrem Wiederaufstieg zurückwirft und damit nicht nur das deutsche, sondern das internationale Proletariat schwächt.

Die soll der Streit beigelegt werden? Auf der einen Seite steht der Wille der sächsischen Parteimitgliedschaft, der in diesen Fragen einheitlich ist und auf der Durchsetzung des Willens des Landesparteitages besteht. Auf der andern Seite kann die Landesparteitagsmajorität es zweifellos — freudigstills gesprochen — zumindest als „Minderungsgrund“ oder gar als „unwiderstehlichen Zwang“ anführen, daß der Reichsparteivorstand der Landtagsfraktion empfohlen hat, nicht früher einer Landtagsauflösung zuzustimmen, bevor nicht das Dresdner Liebereinkommen über die Kandidatenaufstellung gesichert sei, das nach der Ansicht der Landtagsfraktionsmehrheit ebenfalls gefährdet war. Ein weiterer subjektiver Grund für die Haltung der Fraktionsmehrheit mag darin zu suchen sein, daß ein Teil ihrer Mitglieder tatsächlich bei Nichtabhaltung des Dresdner Liebereinkommens um ihre weitere Kandidatur Besorgnis war, ein Grund, den die Dreieinigkeit zwar von sich weisen, denn die Besorgnis um ein Mandat darf für einen Sozialisten keine Rolle spielen. Außerdem wurde in einer zwei Tage vor der Landtagsauflösung stattgefundenen gemeinsamen Sitzung des sächsischen Landes-Arbeitsausschusses und der Landtagsfraktion von der Fraktion ausdrücklich erklärt, ihr handle es sich nicht einmal um die Kandidatenaufstellung und das Dresdner Liebereinkommen, sondern sie halte überhaupt den Beschluß des Landesparteitages für falsch, eine Meinung, die die Rechte allerdings auf dem Landtagsparteitag hätte vertreten müssen.

Alle diese Umstände, die hier abschließend mit der größten Objektivität angeführt werden, zeigen uns, wie verworren und kompliziert der sächsische Parteikonflikt ist und wie schwer seine Entwirrung erscheint. Daß aber dieser Konflikt etwa wie der großdeutsche durchhalten wird, daß also der Parteivorstand etwa als übergeordnetes Institut seinen Willen der sächsischen Landesorganisation aufzwingt, scheint deswegen besonders folgenreicher, weil es sich auch um politische Fragen handelt, in denen die sächsische Parteimitgliedschaft eine andere Meinung vertritt als der Parteivorstand. Die sächsischen Parteigenossen verhalten sich zum Problem der Koalitionsregierungen, insbesondere zur Frage der großen Koalition vor allem zur Frage, wie man sich in einer solchen Koalitionsregierung verhalten soll, anders als der Parteivorstand. Und mag der Parteivorstand oder eine sonstige Körperschaft den Beschluß des Landesparteitages, den Landtag aufzulösen, oder den früheren Beschluß, sich nicht an einer Regierung der großen Koalition in Sachsen zu beteiligen, für falsch, ja für unrichtig halten, es handelt sich um einstimmige oder mit überwältigender Mehrheit gefasste Beschlüsse der sächsischen Genossen. Und so sehr der Parteivorstand das Recht und die Pflicht hat, die sächsischen Genossen gegebenenfalls von der Unrichtigkeit ihrer Auffassungen zu überzeugen, über das Mittel der Ueberzeugung geht die Machtbefugnis des Parteivorstandes auch in diesem Fall wohl kaum hinaus, da es sich nicht um Fragen der Reichspolitik handelt. Würden die Entschlüssen in einem Lande so folgenreicher sein, daß von ihrer Entscheidung Reichsfragen abhängen, dann sind es ja keine Landesfragen mehr. Ob es überhaupt zweckmäßig ist, solche Autonomiefragen bei dem noch immer so stark föderalistischen Charakter Deutschlands aufzurollen, ist sehr fraglich. Jedenfalls vertritt der Parteivorstand in den politischen Fragen, die dem Streitfall zugrunde liegen und für seinen Verlauf bestimmend sind, eine andere Meinung als die Mehrheit der sächsischen Parteimitglieder. Und so sehr das Recht des Parteivorstandes die ganze Partei zu führen, unbestritten ist und auch unangefochten bleiben soll, in der sächsischen Frage ist auch der Parteivorstand Partei. Auch von ihm kann, wenn man nach so sehr von seinem Willen und seinem Bestreben, eine Einigung herbeizuführen, überzeugt ist, eine wirklich neutrale und allen Teilen möglichst gerechtwerdende Entscheidung dieser Frage nicht erfolgen.

Deshalb geht mein Vorschlag dahin, den Streitfall einem Schlichtungsgericht zu übertragen, in das jeder der beiden Teile zwei Mitglieder entsendet, die dann gemeinsam einen Vorsitzenden

Vor dem Handelskrieg

Gefährdete Pariser Verhandlungen

Die Verschärfung der Situation in den deutsch-französischen Handelsverhandlungen dauert an. Jede Aussicht, bis zum 10. Januar, dem Tag des Ablaufs des jetzigen Auftrages, zu einer Verständigung zu kommen, scheint geschwunden. Die deutschen Vertreter wollten den deutschen Entwurf auch für ein Provisorium benutzen, die Franzosen legten einen besonderen Entwurf vor. Die Deutschen hielten ihn für unannehmbar. Das geht vor allen Dingen für die Reichsbankhaltung, die die Franzosen von Deutschland fordern, während sie mit ihrer neuesten Zollherabsetzung eine protektionistische Politik betreiben. Weiter wird in dem französischen Entwurf die Gewährung von zollfreien Einfuhren aus Genua, Lissabon und anderen Häfen verlangt, und zwar an Hand einer Liste, die bis jetzt nicht einmal der deutschen Handelsdelegation vorgelegt worden ist. An die elfschiffbringenden Kontingente knüpft die französische Delegation die Forderung, die Kontingente nach Ablauf des Auftrages prinzipiell in den nächsten Vertrag zu übernehmen. Wenn man bedenkt, daß der von Frankreich vorgelegte Entwurf drei Monate gelten soll und sich im Falle der Nichtfindung automatisch um drei Monate verlängert, wird klar, daß auf französischer Seite die Tendenz gefördert wird, die zollfreien Einfuhren aus Genua, Lissabon und anderen Häfen für immer festzulegen.

Durch diese Entwicklung hat sich natürlich die Lage in Paris ungemein unklar gestaltet. Im Laufe des Dienstag hat das Berliner Kabinett dazu Stellung genommen. Es hat sich dafür entschieden, Trendelenburg, den Führer der deutschen Delegation, nach Berlin zu berufen. Trendelenburg wird wahrscheinlich schon im Laufe des Mittwoch in Berlin eintreffen und die Regierung mündlich informieren. Bei der Rückberufung Trendelenburgs handelt es sich nicht um einen Abbruch der Verhandlungen. Der französische Handelsminister Rainaudi ist über die Rückberufung Trendelenburgs unterrichtet, während die in Paris zurückbleibende deutsche Handelsdelegation den Auftrag hat, die angelegten Verhandlungen programmäßig weiterzuführen.

Gegenmaßnahmen wegen Köln?

Die französische Presse fürchtet, die Verhandlungen würden vor dem Abbruch stehen. Sie glaubt, das sei der deutsche Gegenstand gegen die Nichträumung Kölns. Im Paris wird erklärt der Genosse Proffard als seine Meinung, daß die deutsche Regierung die Aufrechterhaltung der Okkupation der Kölner Zone als Anreiz zur Unterbrechung der Handelsverhandlungen benutzt habe. Vom 10. Januar an würde die französische Ausfuhr nach Deutschland fast vollständig aufhören und die Industrie Genua, Lissabon und anderen Häfen in erster Linie darunter leiden. Man verleihe nicht, warum Frankreich allein die Verantwortung tragen müsse für eine Entscheidung, die von allen alliierten Regierungen gemeinsam getroffen wurde.

Die deutsche Regierung läßt in Berlin erklären, daß sie nicht den Abbruch der Verhandlungen betreibe, sondern daß die Schwierigkeiten in der Sache selber liegen.

Deutsche Antwortnote

Berlin, 6. Januar. Nachdem das Reichskabinett in seiner heutigen Vermittlung über die alliierte Note, betreffend die Räumung- und Entwaffnungsfrage, Beschluß gefaßt hat, ist die deutsche Antwort auf die Note heute abend den alliierten Missionen zugestellt worden. Sie wird voraussichtlich Donnerstags morgen veröffentlicht werden.

Die Berliner Presse erfährt, daß die Antwortnote einen Protest der deutschen Regierung gegen die Verletzung des Versailler Vertrages enthalte, die in der Nichterfüllung der Räumungsbestimmungen zu erblicken sei. Sie stelle weiter die Forderung auf, daß die alliierten Regierungen ihre allgemein gehaltenen Vorwürfe gegen Deutschland genau begründen und der deutschen Regierung das Material mitteilen sollen, auf das sich die Behauptung stützt, Deutschland habe die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages nicht erfüllt. Eine genaue Prüfung dieses Materials sagt die deutsche Regierung zu. Sie sei überzeugt, daß diese Prüfung eine Widerlegung der Ententebeschwörungen ergeben werde.

Die Internationale fordert Räumung

SPD. Brüssel, 6. Januar. (Sig. Deutsch.)

Den Dienstag widmete das Exekutivkomitee der Sozialistischen Internationale der Besprechung verschiedener politischer Fragen, die in der Schmelze sind. Zu den Ereignissen in Italien

wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die erklärt, daß das Exekutivkomitee mit Enttäufung von den letzten Nachrichten Kenntnis genommen hat, die über Brandstiftungen und Zerstörungen gemäßigter Oppositionsblätter, über das Auseinandergehen der Kammer und Mobilisierung der Parteimitglieder, alles Nachrichten, die durch Mussolinis Kammerrede bestätigt worden sind, in der die brutale Gewalt die Rechte der Gewerkschaften und Moral verweigert hat. Die Entschließung drückt dem italienischen Proletariat und Volk im allgemeinen in dieser furchtbaren Prüfung die lebhafteste Sympathie aus sowie das feste Vertrauen, daß Italien bald wieder seine Selbstbestimmung erlangen und den Triumph der Demokratie erleben wird. Nach einer kurzen Erklärung über

die Lage in Ungarn

beschloß das Exekutivkomitee, der ungarischen Partei keine freundschaftlichen Dienste anzubieten, um gewisse Schwierigkeiten innerhalb dieser Partei zu überwinden. Esam und die Bruderschaft wurden bestimmt, namens der Internationale an eigen Schlichtungsausschuss teilzunehmen, in den der ungarische Parteivorstand und die Opposition je einen Vertreter entsenden.

Als Tagungsort für den nächsten Internationalen Kongress wurde Paris bestimmt. Er soll im August oder September stattfinden. Das genaue Datum wird demnächst festgesetzt werden, daß die Delegierten die Möglichkeit haben, den Festlichkeiten aus Anlaß des 10-jährigen Bestehens der belgischen Arbeiterpartei beizumohnen. — Eine Depesche aus Stockholm, die eine erhebliche Besserung im Bestehen Brandings feststellt, wurde mit Freuden zur Kenntnis genommen.

Das Exekutivkomitee erörterte schließlich das Problem der Räumung Kölns.

Die Diskussion darüber zeigte eine erfreuliche Einmütigkeit. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der ausgesprochen wird, daß die deutsche Regierung durch die Beschlüsse der alliierten Regierungen und die Stärkung der Reaktion in Deutschland jenen Elementen in den alliierten Ländern, die aus ganz anderen Motiven die Besetzung verlängern wollen, einen Vorwand liefern. Die Resolution fordert deshalb die Räumung der Kölner Zone und verlangt von den sozialistischen Parteien der alliierten Länder, energisch für die Räumung einzutreten. Ferner wird in der Entschließung der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gefordert.

Eine Stellungnahme zum Bolschewismus und zur Sowjetregierung mußte wegen Zeitmangels auf die nächste Tagung verschoben werden. Am Mittwoch reisten die Delegierten in die belgischen Industriestädte, um die Einrichtungen der belgischen Partei und der Arbeiterbewegung zu besichtigen.

Uniformtoller

Der preußische Justizminister weist in einer Verfügung die Strafverfolgungsbehörden darauf hin, daß sich die Fälle, in denen Personen unbesetzt Uniformen oder uniformähnliche Verkleidungs- oder Ausstattungsstücke tragen, in jüngster Zeit wieder häufen. Diesem Mißbrauch soll nachdrücklich entgegengetreten werden. Handhabung zum Einschreiten bietet in erster Linie die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. August 1921, durch die demjenigen, der unbesetzt eine Militäruniform trägt, Gefängnisstrafe nicht unter einem Monat angedroht wird.

Vor dem Tarifkrieg Gewerkschaften und Handelsvertragsverhandlungen

Unter dem Eindruck der neuen französischen Sollenabelle, die wichtige deutsche Einfuhrwaren nach Frankreich unerschütterlich mit höheren Sollen belastet, und der bekannten belgischen Sollenwünsche, die einer Differenzierung deutscher Waren gleichkommen, ist vielleicht mit einem Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen zu rechnen. Damit hätte Westeuropa den Tarifkrieg, der besonders die Arbeiterschaft der beteiligten Länder treffen muß. Es ist also natürlich, daß die Gewerkschaften Belgiens, Frankreichs und Deutschlands die Entwicklung wachsam verfolgen, von dem Willen befeuert, im gegebenen Augenblick einzugreifen und die Interessen des kapitalistischen Unternehmertums zu durchsetzen. Bekanntlich haben bereits in Köln im Zusammenhang mit der Frage der Errichtung eines internationalen zentralen Verbands von deutschen und belgischen Gewerkschaften Verhandlungen stattgefunden. Von den Komplikationen in den deutsch-belgischen Verhandlungen abgesehen, werden sich am Freitag dieser Woche die deutschen und die belgischen Gewerkschaften in Köln treffen. Es ist anzunehmen, daß sich an diese Verhandlungen eine Zusammenkunft der Gewerkschaften sämtlicher an den Handelsvertragsverhandlungen beteiligter Länder schließen wird. Wie bekannt, haben die Regierungen fast aller in Frage kommenden Länder, in erster Linie aber in Belgien und Deutschland, die Gewerkschaften von einer Teilnahme an den Handelsvertragsverhandlungen ausgeschlossen. Dieser Zustand hat sich als wenig ersprießlich erwiesen. Die Gewerkschaften wären ohne Zweifel in den Verhandlungen ein schließendes Element gewesen, das sich gerade gegen die Interessenpolitik des Kapitalismus der einzelnen Länder durchgesetzt und Komplikationen, wie wir sie jetzt erleben, vermieden hätte.

Im Zusammenhang mit dem Beginn der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen haben der A. D. G. V. der Allgemeine Freie Angestelltenbund, die Christlichen und die Christlich-Sozialen Gewerkschaften an das Auswärtige Amt den Antrag gerichtet, für eine angemessene Vertretung der deutschen Gewerkschaften bei den Handelsvertragsverhandlungen zu sorgen. Die deutsch-polnischen Verhandlungen sind für die Gewerkschaften von Wichtigkeit, weil hier die so genannte Handelsvertragsfrage eine besondere Rolle spielt. Schon jetzt bestehen bei den deutschen Agrarier-Verbindungen, polnische Arbeiter in unbegrenzter Zahl nach Deutschland herinzubekommen. Der Einfuhr von Agrarprodukten will man aber durch Höchstzölle entgegenwirken. Die Gewerkschaften lassen sich bei ihrem Schritt von den Vertretern leiten, in den deutsch-polnischen Verhandlungen ähnliche Komplikationen, wie sie in den deutsch-französischen und in den deutsch-belgischen Verhandlungen zutage getreten sind, hintanzuhalten.

Geldverteilung untereinander

P. Paris, 6. Januar. (Via. Draht.) Auf der am 7. Januar beginnenden Konferenz der alliierten Finanzminister werden drei Fragen den Hauptgegenstand der Beratungen bilden: die Berechnung der Besatzungskosten, die Berechnung der finanziellen Ergebnisse der Ruhrbesetzung und die amerikanischen Ansprüche auf die Errichtung einer Reparationskommission aus dem Dawes-Plan. Die Frage der Besatzungskosten wurde bekanntlich durch ein Abkommen vom 11. März 1920 geregelt, in dem die Verluste der militärischen Okkupation auf die Summe von 100 Millionen Mark beschränkt worden sind. Deutschland ist außerdem die Verpflichtung auferlegt worden, den Besatzungstruppen Wohnung, Verpflegung der Verpflegungsmittel usw. zur Verfügung zu stellen. Der Wert dieser Leistungen wird auf etwa 100 Millionen Goldmark veranschlagt, so daß die Gesamtheit der Besatzungskosten sich auf etwa 200 Millionen Goldmark beläuft. Der Dawes-Plan sieht bekanntlich vor, daß diese Besatzungskosten sowie die 20 Millionen Goldmark, die für den Zinsen- und Amortisationsdienst der 500-Millionen-Anleihe erforderlich sind, aus den deutschen Zehnjahreszahlungen bestritten werden sollen. Es ergibt sich daraus, daß die alliierten Mächte in hohem Maße daran interessiert sind, die Kosten der Okkupation im Rheinland auf das durch die militärischen Erfordernisse bedingte Mindestmaß herabzusetzen.

Bei der Verzerrung der finanziellen Ergebnisse der Ruhrbesetzung macht sich ein Gegensatz zwischen der englischen und der französischen Auffassung geltend. Die englische Auffassung geht dahin, daß die Kosten der Ruhrbesetzung und die der Kriegsausgleichs durch die Sachleistungen, die im Laufe ihrer Tätigkeit erbracht werden können, zu decken seien, wogegen die Franzosen und die Belgier auch die Darlehensleistungen für dieselben in Anspruch nehmen wollen.

Einem Treuen

Zu Eduard Bernsteins 75. Geburtstag

Von Heinrich Ströbel

Zur Feier von Eduard Bernsteins 75. Geburtstag erschienen in der Parteipresse zahlreiche Artikel. Wir brochten eine Würdigung aus berufener Feder in unserer Sonnabendnummer vom 3. Januar und geben das Folgende aus einem Artikel wieder, den Genosse Ströbel über Bernsteins Bedeutung schreibt.

Der Völkerrfriede kann nur der Ausfluß des unbedingten Willens zur Wahrheit und Gerechtigkeit sein. Nur Politiker, die in bewusstem Gegensatz zu aller vermeintlichen „Staatsklugheit“ ganz im Sinne des Wahrheits- und Gerechtigkeitstrebens stehen, können die Nationen jenem Zeitalter der Völkerverständigung und des Weltfriedens entgegenführen, das zweifellos einmal den Kriegswahnsinn ablösen wird, dessen Zeitpunkt aber ganz wesentlich abhängt von dem Weltbild, vor allem aber von der sittlichen Persönlichkeit der politischen Führer der Nationen. Und gerade in diesem Zusammenhang verdienen die Persönlichkeit und das politische Wirken Eduard Bernsteins gewürdigt zu werden, der am 6. Januar sein 75. Lebensjahr vollendete.

Gerade an ihm dürfen wir rühmen, daß er von jeher ein rastloser Sucher und unbestechlicher Kämpfer dessen gewesen ist, was ihm als Wahrheit erschien. Die älteren Genossen wissen es, daß einst die Mehrheit der Partei mit Bebel und Kautsky an der Spitze den lebhaftesten Abwehrkampf gegen den sogenannten Revisionismus führte, und daß gerade Eduard Bernstein als das geistige Haupt dieses Revisionismus galt. Heute darf und muß festgestellt werden, daß Bernstein keineswegs verantwortlich gemacht werden kann für den ganzen Komplex dieses „Revisionismus“, insbesondere nicht für jene Strömungen, die damals schon imperialistische und nationalistische Ideengänge in den Sozialismus einzuschmuggeln verstanden. Und wenn an dieser Stelle auch weder untersucht werden soll noch kann, in welchen Punkten Bernsteins Artikel an den damals herrschenden Parteiauffassungen berechtigt war, so muß doch hervorgehoben werden, daß diese Kritik selbst jenem leidenschaftlichen Erkenntnis- und Wahrheitsdrang entsprang, der allezeit Bernsteins Wesen beherrschte.

Schließlich wird sich die Konferenz über das Recht der Vereinigten Staaten auf Reparationen auszusprechen haben. Die amerikanischen Forderungen betragen aus 1072 Millionen Goldmark für die Besatzungskosten und aus einem noch nicht festgesetzten Betrag für die Reparationen. Die Amerikaner sind geneigt, die Zahlung des Gesamtbetrages auf die gleiche Zeitdauer auszudehnen, die gemäß einem früheren Abkommen für die Rückzahlung der amerikanischen Besatzungskosten vorgesehen wurde. Auch die Regelung der interalliierten Schulden wird zu offiziellen Besprechungen zwischen den Vertretern von Frankreich, England, Belgien und Italien Anlaß geben. Von amerikanischer Seite wird gemeldet, daß auch die Vertreter der Vereinigten Staaten an diesen Besprechungen teilnehmen werden.

Alle Kraft gegen Mussolini

Vor dem Zusammenstoß der gesamten Opposition

E. Rom, 6. Januar. (Via. Draht.) Obwohl vorausgesehen war, daß Mussolini an Stelle der drei aus dem Kabinett ausgeschiedenen liberalen Minister Parteigänger des Faschismus berufen und damit ein rein faschistisches Kabinett bilden werde, hat die Ernennung der neuen faschistischen Minister bei der gesamten Opposition den Eindruck ausgelöst, daß es nunmehr höchste Zeit ist, dem geistigen Faschismus die vereinten Kräfte aller anderen Parteien entgegenzusetzen. Zwischen den Liberalen, der Volkspartei (Radikalen) und den Sozialisten haben sofort Verhandlungen über den formellen Zusammenstoß zu einer gemeinsamen Opposition eingeleitet. Trotz der Schwierigkeiten, die bei der Vereinigung dieser drei Parteien zu einer Koalition bestehen, scheint es gewiß, daß diese Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis führen. Der Vertreter der Liberalen Partei, der ehemalige Ministerpräsident Giolitti, wird als Führer der Opposition in Aussicht genommen. Giolitti selbst ist grundsätzlich bereit, sich an die Spitze der nichtfaschistischen Parteiparteien zu stellen, er macht jedoch zur Bedingung, daß mindestens 100 Abgeordnete der Opposition bereit sind, ins Parlament zu gehen und ihren Standpunkt aufzugeben, das Parlament durch Abwesenheit zu boykottieren. Salandra unterstützt diese Wünsche Giolittis. Vorläufig werden einzelne Gruppen noch dem Gedanken eines Wiedererscheinens im Parlament. Es ist jedoch anzunehmen, daß sie schließlich diese Auffassung aufgeben, für diesen Fall würde in der Kammer eine geschlossene Opposition von 101 Abgeordneten auftreten. Das ist zwar eine Minderheit, die aber äußerst stark ist.

Die Reaktion in Ungarn

Gleich dem italienischen ist nun auch das ungarische Parlament ein Kampfpolem, das von den Sozialdemokraten und den Demokraten boykottiert wird. Diesen Zustand hat die Regierung beunruhigt, und die neue reaktionäre Gemeindeführung für Budapest und die neue Geschäftsordnung des Parlaments durchzusetzen, durch die die Opposition vollkommen gelähmt wird. Nunmehr hat Graf Bethlen auch eine Wahlreform angekündigt, die die offene Abstrimmung beibehält, aber dafür das Oberhaus wieder herstellt. Gegen den in der Emigration lebenden Grafen Michael Karolyi ist eine neue Anklage erhoben worden, und zwar wegen eines Vortrages, den er vor einem Jahr in der Londoner Fabian-Society vor den führenden Kreisen der Arbeiterpartei gehalten hat. Dieser Prozeß ist ebenso wie der „Kohärenzprozeß“ gegen Karolyi nur ein Mittel zur Konfiskation seines ungeheuren Vermögens, das er zum großen Teil den ungarischen Bauern gewidmet hat.

Kommunistischer Bruderkampf mit dem Knüttel

Saarbrücken, 6. Januar. (Via. Drahtbericht.) Die kommunistische Partei des Saargebietes ist als Folge der Ausfälle, die die Zentrale von oben verhängt hat, in zwei Teile auseinandergefallen. Die Zahl der Ausgeschiedenen ist in der Tat inzwischen größer geworden als die der Zurückgebliebenen. Wie es in der Partei des Saargebietes zugeht, zeigt eine Verammlung, die am vergangenen Mittwoch in Anwesenheit eines Vertreters der Subdivisionsleiter in der kommunistischen Hochburg des Saargebietes, in Ludweiler, stattfand. Diese Parteiveranstaltung setzte zu einer wilden Schweißfeier aus, indem es zwischen der Opposition, die sich um die Ausgeschiedenen gruppiert, und der Parteileitung mit ihren Anhängern zu einer großen Schlägerei kam. Der Vertreter der Parteileitung und die Führer der kommunistischen Partei des Saargebietes sind dabei so verletzt worden, daß sie im Krankenhaus aufgenommen werden mußten. Auch sechs Revolverkugeln wurden in der Verammlung abgegeben, durch die einige Frauen zum Tode verurteilt wurden.

Was einst den jungen Konfessanten Bernstein ins Lager des Sozialismus gedrängt, ihn zum Führer der radikalsten Opposition gemacht und ins Exil getrieben hatte, sein Wahrheitsfanatismus, das hatte ihn um die Jahrhundertwende zum Kritiker der herrschenden Lehre gemacht, zum Verfasser der „Boraussetzungen des Sozialismus“, zum Reformisten, der an Stelle der sturghörigsten Entwicklung zum Sozialismus die allmähliche organische Entwicklung lehrte, ohne darum seinen heißen Glauben an die Ideale des Sozialismus zu verlieren.

Wie treu der „Revisionist“ Bernstein den sozialistischen Grundauffassungen geblieben war, das offenbarte sich in jener kritischen Zeit, als der Weltkrieg die ganze politische Praxis der sozialistischen Parteien über den Haufen warf und die geistigen Kämpfer des Sozialismus, den proletarischen Klassenkampf und die Internationalität, auf viele Jahre hinaus zertrümmerte. Während damals eine Anzahl „Radikaler“ die politischen Grundauffassungen völlig revidierte, trat gerade in Bernstein nach kurzem Sämenken die Leidenschaft für die Wahrheit und die Gerechtigkeit den Sieg davon.

Aber auch nach dem Kriege hat Bernstein unermüdet fortgefahren, dem deutschen Volke Sinn für Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit einzuflößen. Immer wieder ist er den nationalpolitischen Aufwallungen entgegengetreten, hat er der gekränkten Eigenliebe des deutschen Volkes die Kuffossmaschine und Empfindungen der anderen Nationen entgegengehalten und gezeigt, daß im Widerstreit der Ansprüche der einzelnen Völker in strenger Selbstzügelung die mittlere Linie des Ausgleichs gefunden werden müsse. Bernstein, der viele Jahre lang in der Schweiz und in England gelebt hat, der sich im Verkehr mit den zahlreichen sozialistischen Freunden der englischen und der französischen Sprache mit derselben Geläufigkeit bedient wie der deutsche, ist bei seiner unerrösenden ethischen und internationalen Einstellung zu den Problemen des Völkerebens einer der ganz wenigen deutschen Sozialisten und Politiker, die als wirkliche und erfolgreiche Vermittler zwischen den Völkern in Frage kommen. Sprachenbeherrschung und politische Sachkenntnis allein genügen keineswegs; erst die starke sittliche Persönlichkeit, die allein Vertrauen erwecken kann, qualifiziert zu Leistungen wahrhafter Staatsmannschaft. Sind bei uns in Deutschland schon die wirklich klugen und kenntnisreichen

Wahlen. Zu Schiedsrichtern sollen auch ausländische Genossen gewählt werden können; es fragt sich überhaupt, ob nicht gerade ausländische Genossen, die sich die nötige Kenntnis der Sachlage sehr bald verschaffen könnten, die wichtigsten Vorteile innewohnen, selbst solche, die nicht unmittelbar an dem Konflikt beteiligt sind. Könnten sich die Schiedsrichter über den Vorliegenden nicht einigen, so sollte ein vollkommen neutrale Instanz, etwa das Sekretariat der sozialistischen Arbeiter-Internationale, den Vorstehenden bestimmen.

Freilich der Fragenkreis, der einem solchen Schiedsgericht vorzulegen wäre, müßte genau umschrieben werden. Es ist selbstverständlich vollkommen unnötig, ein solches Forum über Fragen der innerdeutschen Politik entscheiden zu lassen, also etwa über die Frage, was in Sachsen zu geschehen hat, ob die große Koalition bleiben, der Landtag aufgelöst werden soll, die Minister auszuweichen sind oder nicht. Das wäre widersinnig; die Arbeiterschaft hat selbst zu bestimmen, welche Politik eingeschlagen werden soll. Genaugenommen über die Politik, die in einem andern Land zu befolgen ist, sind ja nur eine bolschewistische Spezialität. Die prinzipielle Frage, um die es hier geht, das große Problem, das aus allen unruhigen, unfaßlichen und persönlichen Streitigkeiten herausgehoben werden muß, ist die Frage: Haben die Landesorganisationen, die Mitgliedenschaften eines Landes das Recht, die Politik ihres Landes zu bestimmen, oder hat der Parteivorstand das Recht, gegen den Willen und entschiedenen Willen der Arbeiterschaft eines Landes aus solche Fragen zu entscheiden? Und eine weitere Frage: Hat die Parteimitgliedschaft das Recht, nach möglichst unmittelbarer Abstimmung Abgeordnete von ihren Mandaten zurückzugeben, obwohl die moderne Demokratie und die deutsche Reichsverfassung kein solches „abgegebenes Mandat“ kennt? Hat die Parteimitgliedschaft das Recht, Abgeordnete, mit deren politischer Haltung in wichtigen und wesentlichen Fragen nicht einverstanden war, nicht mehr als Kandidaten aufzustellen? Alle diese für die Parteidemokratie grundlegenden und auch für die sozialistische Bewegung anderer Länder lebenswichtigen Fragen wären vor dem Schiedsgericht in ihrer praktischen Anwendung auf Sachsen zu behandeln.

Man antworte nicht mit dem Hinweis auf irgendeinen Paragraphen des Organisationsstatuts, nach dem die Kompetenzen für diesen Fall genau festgelegt sind! Es handelt sich hier um besondere Fragen, die durch haptische Statutenbestimmungen und Auslegungsschwierigkeiten nicht entschieden werden können. Man merke nicht ein, daß gegen die Annahme dieses Vorschlags das Autokratentum des Parteivorstandes streiten könnte. Mit Autokratentum ist hier niemals ein Streit in einer Partei gemeint, sondern ein Streit, der sich in einer Partei nicht heilegen läßt. Wir wissen, daß das internationale Sekretariat in einer so unpopulären Schiedsinstanz lebt, daß eine Partei normalerweise von der Schwächung einer andern Partei berührt wird. Dementsprechend ist im schiedsgerichtlichen eine ganz besondere Vorsicht geboten, und deswegen kann der Einwand nicht groß genug sein, was immer sich das schiedsgericht ein Urteil entscheidet, das ist jedenfalls besser, als der gegenwärtige Zustand.

Ein weißer Rabe

Die Welt der Reichen hat sich, das Wort der schiedsgerichtlichen Beschlüsse, veröffentlicht eine Zeitschrift von dem Autor eines schiedsgerichtlichen Beschlusses, in der er sich über die Sachlage äußert. Die Zeitschrift ist ein Beispiel dafür, wie ein einzelnes Mitglied der Arbeiterschaft in seiner eigenen Verantwortung und Verantwortung gegenüber der Partei handeln kann. Der Autor ist zum Teil demnach zu sein, was er wahr zu sein... Doch davon ist, was der „Zurückgebliebenen“ zu sagen hat. Er wendet sich zunächst der Handelsschicht des neuen Jahres zu und tritt für eine innere Verbindung der Wirtschaft ein usw. Mit Recht nennt er die Tätigkeit der Industriellenverbände, Konventionen usw. eine unheilvolle neue Zwangswirtschaft, die darin besteht, daß man in das Netz der Kartelle, Konventionen, Vertrauensabstände und sonstiger Abredenorganisationen den inländischen Wirtschaftler, von dem man Unterstützung begehrt, einzuspannen versucht. Die Lohnfrage wird ganz besonders in den Vordergrund gehoben.

Je stärker die Kaufkraft der Verbraucher, um so besser das Geschäft beim Produzenten! Der Produzent hat um so größere Kaufkraft, einmal dann, je mehr Ware er für sein Geld bekommt, zweitens dann, je mehr Geld er ausgeben kann. Am besten ist es, wenn beides zusammenkommt, wenn also viel Geld unter den Händen ist und wenn die Waren recht billig sind. Verbraucher sind in erster Linie die Massen der Arbeitnehmer. Haben diese reichliche Beschäftigung und auskömmlichen Lohn, so können sie viel kaufen. Dadurch bekommt der Produzent mehr zu tun, hat seinen Umsatz und seinen Verdienst erhöht, kann noch mehr Leute einstellen, sie anständig bezahlen und erlangt durch die allgemeine Kräftigung seines Geschäftes auch die Möglichkeit, am Auslandsgeschäft erfolgreich teilzunehmen.

Wie sehr ich das nun wünsche! Ich organisiere meinen Betrieb aufs genaueste, meine Arbeitnehmer sind für mich meine Mitarbeiter. Ich verleihe kein Geld; aber ich bezahle so, daß ein jeder froh auskommen kann, anständig ernährt und geliebt seinen Job verdient. Wer einen brauchbaren Vorschlag zur Verbesserung des Betriebes macht, erhält eine Prämie. Meine Ware kaufe ich so billig wie möglich. Das Publikum soll Lust zum Kaufen bekommen. Ich warte mit der Herstellung nicht erst, bis ein Auftrag eintrifft, sondern arbeite mindestens die Stapelarbeiten auch in ansehnlichem Mengen auf Lager. Während ich so rasche zunehmende Kaufkraft, zunehmender Umsatz, zunehmender Nutzen, anständige Löhne — halten sie (die Produzenten) es mit dem pessimistischen, kalkulierenden von vornherein mit schwacher Kaufkraft des Publikums, erwarten, aber einen kleinen Umsatz, sehen deshalb auf die Geschäftsidee noch eine unerschütterlich hohe Verdienstkarte auf und bewilligen keine Löhne. Rückgang der Löhne bedeutet neue Winderung der Kaufkraft, neue Wundnahme des Geschäftes.

Dem ausländischen Konfessanten will man durch ungeduldet hohe Zollmauern den Zugang zum Inlandsmarkt verweigern. Besser ist es, das eine wie das andere zu tun, als zu gemäßigter Größe. Man wird also wenig umsetzen, den Betrieb einschränken, geringe Löhne zahlen und das Gleichgewicht der Rechnung durch hohe Preise zu erhalten suchen? Wer geht das auf die Dauer? Ist meine: Nein! Der Produzent muß kalkulieren, wie er will; das Ergebnis kann nicht stimmen, solange als nicht aus der Verbraucher, der in der Hauptsache wieder mit dem Lohnempfänger identisch ist, seine Verteidigung dabei findet.

Ich fürchte sehr, daß wir heute eine Mäßigung der Konventionen heranzüchten, die sich in gar nicht ferner Zeit fürchterlich entladen könnte. Keine Preise, hohe Zölle, geringe Löhne, Arbeitsmangel! Der Zwangscharakter der Kartelle wird man eine neue Zwangswirtschaft des Staates mit Preisprüfungsstellen, Budgetgerichten und sonstigen Konventionen entgegenstellen, und der Schwächepolitik begründet man ein solches Zwangsregime, das überhaupt auf sein Schutzinteresse mehr Rücksicht nehmen wird, auch dort nicht, wo es wirtschaftlich vielleicht noch so richtig begründet ist. Die Front der Konventionen gegen die Front der Produzenten! Reinen zum Nutzen, allen zum Schaden! Ich warne meine Kollegen, deren Interessen auch die meinen sind, vor einer verfehlten Produktionspolitik, die uns mit unjungen Abnehmern, mit unjungen Arbeitern, verfeinden muß!

politisch an M...
sich aus...
als ein...
amüsi...
Sorbid...
Verfah...
Gedenke...
nannt, di...
des Soz...
schrift...
gegen d...
den Er...
kennen, d...
der Ver...
der deut...
sichtigu...
und H...
gemäß...
sage u...
Mel...
betriebe...
fenneft...
mich e...
schrieb...
Proletar...
und ein...
fen wir...
Wahrheit...
tümliche...
der stärk...
geborene...
Artikel...
der Reak...
bedienen...
Beachtung...
lassen au...
Sollte je...
ständigf...
tische Mi...
genommen...
täuschen...
Maffen b...
Wen...
viele Ze...
wünschen...
den so h...
tischen Gr...
politisch...
lichen...
kann Deu...
schen Krit...
glücklich...
u...
Genossen...
Eindrag...
tionen...
Müher...
mitrag...
über...
Zustung...
kaute...
De...
zurück...
die Kraft...
Arbeiter...
ne...
eifrig...
lichen...
halten...
W...
einer d...
nationalen...
den Ver...
Gemeinde...
verantwort...
der Phil...
halten...
Freunde...
die...
Le...
Das...
W...
sammen...
den Ein...
Gräfe...
„Boderie“...
als Leih...
an den...
den folgen...
Es...
geworden...
überwie...
Größe...
lung...
Schü...
ster...
Was...
Anstimm...
man unter...
Abf...
wollte...
Jahre...
darstellen...
Das...
Krieges...
hundert...
s. Bern...
werden...
for...
Rath...
reist...
P...
gesch...
Dir...
Schü...
auch...
sagen...
Mit...
ist...
eins...
Es...
von...
W...
bei...
ich...
Es...
42...
D2...
B3...
10

politischen Routine... so sind wir vollends arm an Männern wie Bernstein.

Wie für die Versöhnung der Völker, so hat Bernstein sich auch für die Wiedervereinigung der Partei als einer der ersten mit Leidenschaft eingesetzt.

Wenn wir auch aller der literarischen Gaben gedenken, die uns Bernstein geschenkt hat. Am meisten genannt, freilich auch umstritten, waren seine kritischen Aufsätze, die später unter dem Sammeltitle 'Die Voraussetzungen des Sozialismus' erschienen sind.

Neben einer Reihe von Schriften, die das auf diesem Gebiete noch sehr unorientierte deutsche Volk in die Ordnungsmittel und die sehr realen Bestrebungen des Pazifismus einführen, hat Bernstein eine mehrbändige Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung geschrieben.

Wenn wir Bernstein, dem fünfundsiebzigjährigen, noch viele Jahre der Mäßigkeit und des politischen Wirkens wünschen, so geschieht das nicht nur aus Freundschaft für den so sympathischen Menschen, sondern ebenbürtig aus politischen Gründen.

Wünsche für Eduard Bernstein

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die Wohnung des Genossen Eduard Bernstein in Berlin-Schöneberg war am Dienstag das Ziel unzähliger persönlicher und schriftlicher Gratulationen.

Leben • Wissen • Kunst

Liebermann und Dix

Das große Bild von Otto Dix 'Der Krieg', das im Kölner Wallraf-Richartz-Museum hängt, eine leidenschaftliche Zusammenballung des Verwesungsgrausens im Stellungskrieg.

Es ist mir in meiner sechzigjährigen Praxis zum Ärgern geworden, daß über jedes neue Kunstwerk von neuem dieselbe stöhnende Dummheit verbreitet werden, und zwar nicht die Größe der Dummheit im quadratischen Verhältnis zur Bedeutung des Werkes.

Das Bild von Dix ist, sozusagen, die Personifizierung des Krieges. Nicht eine Episode des Dramas, wie sie seit Jahrhunderten bis auf Horace Vernet und seinen Epigonen Anton v. Werner in den großen Kriegsbildern dargestellt wurden.

Das Bild von Dix ist, sozusagen, die Personifizierung des Krieges. Nicht eine Episode des Dramas, wie sie seit Jahrhunderten bis auf Horace Vernet und seinen Epigonen Anton v. Werner in den großen Kriegsbildern dargestellt wurden.

Es gereicht Ihnen zum besonderen Verdienst, das Bild von Dix für das Museum Wallraf-Richartz erworben zu haben. Dabei ist allerdings das Bedauern nicht unterdrücken zu lassen, daß es nicht seinen ihm gebührenden Platz in der Berliner Nationalgalerie gefunden hat.

Die ersten Vernehmungen im Fall Barnat

In der Barnat-Affäre ist gestern mit der Vernehmung der nur vorläufig festgenommenen Brüder Barnat begonnen worden, und zwar soll zuerst Julius Barnat vernommen werden.

Zwischen geht auch das Verfahren gegen Kritiker weiter, und auch hier wächst das Material zusehends. Kritiker, der zuerst mit seinen Angaben sehr zurückhaltend war und sich bemühte, seine Geschäftsfreunde zu schonen, hat jetzt eine andere Taktik eingeschlagen.

Geschäfte von Aristokraten mit Oskandalen

Gegenüber Versuchen eines Teiles der Reichspressen, ihn mit der Angelegenheit der Brüder Barnat in Verbindung zu bringen, erklärt der preussische Innenminister Sebering durch den Amtlichen preussischen Pressedienst u. a. folgendes:

Ich stehe weder in einem Freundschaftsverhältnis zu den Brüdern Barnat, noch in einem inneren geschäftlichen Verhältnis zu ihnen. Es ist auch niemals von den Brüdern Barnat bei mir der Versuch unternommen, mich für ihre geschäftlichen Unternehmungen zu interessieren.

Im Anschluß daran macht Minister Sebering folgende interessante Mitteilung:

Es sind wiederholt schon Versuche unternommen worden — einmal unter Führung eines Abgeordneten der Rechtspartei —, mich für die Unterstützung von Lebensmittelschiffen zwischen Ostländern und Angehörigen höchster deutscher aristokratischer Kreise zu gewinnen.

Wie das R. Z. hört, ist jetzt im Zusammenhang mit der Kritiker-Affäre der richterliche Haftbefehl gegen den Ingenieur Feldt und die beiden, bereits zu Beginn der ganzen Angelegenheit wichtigsten Beamten der Preussischen Staatsbahn, Madom und Serjtan erlassen worden.

Der Auszug aus Berlin

Berlin, 6. Januar. Im Verlauf der Maßnahmen in der Kritiker- und Barnat-Affäre haben mehr als 800 Ausländer innerhalb der letzten vierzehn Tage Berlin verlassen.

Dinter und die Seinen

Der frühere Vorsitzende der nationalsozialistischen Fraktion in Thüringen, Arthur Dinter, ist bekanntlich aus der Fraktion ausgeschieden und sogar ausgeschlossen worden, sein Mandat niedergelassen. Er hat nun den Schritt umgekehrt und bekämpft seine bisherigen Parteifreunde in der radikalsten Weise.

Die Führungen durch die Skulpturenansammlung werden wieder aufgenommen. Am Donnerstag, 10 Uhr vormittags, wird Dr. Walter Müller in der Abteilung der Originale die antike Kleinplastik besprechen.

Der Auszug aus Berlin

Berlin, 6. Januar. Im Verlauf der Maßnahmen in der Kritiker- und Barnat-Affäre haben mehr als 800 Ausländer innerhalb der letzten vierzehn Tage Berlin verlassen.

Die Führungen durch die Skulpturenansammlung werden wieder aufgenommen. Am Donnerstag, 10 Uhr vormittags, wird Dr. Walter Müller in der Abteilung der Originale die antike Kleinplastik besprechen.

Der Auszug aus Berlin

Berlin, 6. Januar. Im Verlauf der Maßnahmen in der Kritiker- und Barnat-Affäre haben mehr als 800 Ausländer innerhalb der letzten vierzehn Tage Berlin verlassen.

Der Auszug aus Berlin

Berlin, 6. Januar. Im Verlauf der Maßnahmen in der Kritiker- und Barnat-Affäre haben mehr als 800 Ausländer innerhalb der letzten vierzehn Tage Berlin verlassen.

Der Auszug aus Berlin

Berlin, 6. Januar. Im Verlauf der Maßnahmen in der Kritiker- und Barnat-Affäre haben mehr als 800 Ausländer innerhalb der letzten vierzehn Tage Berlin verlassen.

Der Auszug aus Berlin

Berlin, 6. Januar. Im Verlauf der Maßnahmen in der Kritiker- und Barnat-Affäre haben mehr als 800 Ausländer innerhalb der letzten vierzehn Tage Berlin verlassen.

Der Auszug aus Berlin

Berlin, 6. Januar. Im Verlauf der Maßnahmen in der Kritiker- und Barnat-Affäre haben mehr als 800 Ausländer innerhalb der letzten vierzehn Tage Berlin verlassen.

Der Auszug aus Berlin

Berlin, 6. Januar. Im Verlauf der Maßnahmen in der Kritiker- und Barnat-Affäre haben mehr als 800 Ausländer innerhalb der letzten vierzehn Tage Berlin verlassen.

Der Auszug aus Berlin

Berlin, 6. Januar. Im Verlauf der Maßnahmen in der Kritiker- und Barnat-Affäre haben mehr als 800 Ausländer innerhalb der letzten vierzehn Tage Berlin verlassen.

Der Auszug aus Berlin

Berlin, 6. Januar. Im Verlauf der Maßnahmen in der Kritiker- und Barnat-Affäre haben mehr als 800 Ausländer innerhalb der letzten vierzehn Tage Berlin verlassen.

Fraktion werden dann seine ganzen Unterlassungshandlungen korrigiert, während Dinter unter anderem das Verdienst für sich in Anspruch nimmt, den Juden Roes 'zur Strecke gebracht' zu haben.

Die deutsche Flotte

Auf heutigen 7. Januar findet in Wilhelmshaven der Stapellauf des ersten, nach dem Kriege, erbauten Kreuzers der Reichsmarine statt, der den Namen Guden erhalten wird.

Der Dollar 4,195

Table with exchange rates for various currencies: Amsterdam, Buenos Aires, Kopenhagen, Danemark, Schweden, Belgien, Italien, London, New York, Paris, Schweiz, Spanien, Wien, Budapest, Danzig.

Antike Berliner Produkten-Notierungen

Beizen, wirt. 234-239 (234-240), Roggen, wirt. 227 bis 233 (229-234), Gerste, Bran. 277-287 (283-285), Gerste, Bitter 200-214 (200-214), Hafer, wirt. 178-184 (175-185), Weizenmehl 32,50-34,75 (32,50-33,00), Roggenmehl 31,75-34,50 (32,00-33,00), Viktoria-Erbisen 29,00-32,00 (29,00-31,00).

Sportwetterbericht vom 7. Januar, mittags 12 Uhr

Witgeteilt vom Sporthaus Renner. Rippstort: Schneefall, Nordost, Barometer steigend, -2 Grad, Schneehöhe: 5 Zentimeter. St. mählig, Schichten mählig, -3 Grad.

Wettervorhersage für den 8. Januar

Wettervorhersage, Hochland: Temperaturen tagüber wenig über Gefrierpunkt, Nachtfröste, wechselnd bewölkt, ansonst nach Niederschlagsdauer (Schnee oder Schneereggen), später abflauende Nordwestwinde, neblig, Gebirge: Temperatur unter dem Gefrierpunkt, wechselnd bewölkt, vereinzelt Schneefall, später abflauende nordwestliche Winde, östliche Winde.

Abteilung für Anfängerinnen

Abteilung für Anfängerinnen, 7 1/2 bis 9 Uhr, Wiener Straße 88. (Teilnehmerkarten hierzu vergriffen). Dr. Hans Poltmann: Die Hauptströmungen in der Musik seit Bachs Tode.

Einen Märchenabend veranstaltet die Sozialistische Arbeiterjugend

Einen Märchenabend veranstaltet die Sozialistische Arbeiterjugend am Freitag im Künstlerhaus, Albrechtsstraße 6. Erzählerin ist Fräulein Gertrud Busch.

Die Führungen durch die Skulpturenansammlung

Die Führungen durch die Skulpturenansammlung werden wieder aufgenommen. Am Donnerstag, 10 Uhr vormittags, wird Dr. Walter Müller in der Abteilung der Originale die antike Kleinplastik besprechen.

Kleine Mitteilungen

Abdruck geschützter Gedichte im Konzertprogramm. Vor einigen Tagen ging ein Protest der Vereinigung literarischer Dichter durch die Presse, in dem sich der Verband mit Entschiedenheit gegen das Vorgehen eines bekannten Musikverlages wandte.

Heldts Erzählungen

Im Leipziger Tageblatt wird der Inhalt einer Unterredung veröffentlicht, die Genosse Heldt mit einem Vertreter dieses Blattes gehabt hat. Wir lassen den Bericht des Leipziger Tageblattes hier folgen:

Ministerpräsident Heldt bezeichnet als die Hauptfrage der gegenwärtigen Koalition die, wieder für eine reibungslose Arbeit der öffentlichen Verwaltung zu sorgen. Das Kabinett Zeigner habe eine Politik auf Abrufen getrieben, und an den Folgen dieser Politik habe noch das gegenwärtige Kabinett zu tragen. Es habe einen völlig desorganisierten Verwaltungszustand, insbesondere in der inneren Verwaltung vorgefunden, der zusehends auch technisch hätte zusammenbrechen müssen, wenn nicht der politische Zusammenbruch des Kabinetts Zeigner dem zuvor gekommen wäre. Es sei festzustellen, daß die Sanierung der öffentlichen Verwaltung selber große Fortschritte gemacht habe und die für eine reibungslose Arbeit unerlässliche Verknüpfung innerlich der Beamtenarbeit wieder hergestellt sei. Mit altem Nachdruck betonte der Ministerpräsident, daß die viel besprochenen und kritisierten Entfernungen verschiedener Beamten, die von der Regierung vorgenommen werden mußten, in jedem Falle sachlich begründet gewesen seien, da es sich nach der Überzeugung der Regierung um Persönlichkeiten handelte, die für die betreffenden Stellen nicht geeignet waren. Niemand würde das Kabinett und insbesondere er und seine sozialdemokratischen Ministerkollegen die Hand zu einer politischen Maßregelung von Beamten bieten. Es sei nicht zu bestreiten, daß unter dem Kabinett Zeigner und in manchen Fällen auch schon vorher aus politischen Gründen sachlich ungeeignete Kräfte an wichtige Stellen der Staatsverwaltung berufen worden seien. Doch von den damals vorgenommenen Entfernungen sind nur verhältnismäßig wenige als sachlich begründet herausgestellt worden, sei nicht Schuld der gegenwärtigen Regierung. Von einem Abbau persönlich qualifizierter Beamten, die sich sachlich bewährt haben, kann keine Rede sein, selbst wenn diese im Kabinett Zeigner ernannt worden sind. Was die Überführung der Amtshauptleute Schirmer, Freyberg und Kuhn, Pöhl, anbetreffte, so haben gerade die vom Minister Liebmann durchgeführten Änderungen der neuen Gemeindeordnung dafür gesorgt, daß sich Amtshauptleute, gegen die sich eine Reihe ihrer Vorgesetzten wendete, tatsächlich auf die Dauer nicht halten konnten. Bekanntlich hat Minister Liebmann das Recht der Bezirksräte auf Verlangen der Überführung von Amtshauptleuten durchgesetzt, ebenso wie das Recht auf Überführung lebenslänglich angestellter Bürgermeister und Gemeindevorstände. Es ist nun zwar richtig, daß die Regierung nicht gezwungen ist, der Überführungsforderung eines Bezirksrates zu entsprechen, die vom Minister Liebmann durchgesetzte Gemeindeverfassung gibt ihr jedoch keine Möglichkeit, mit Mitteln der Disziplinarverwaltung gegen solche Mitglieder eines Bezirksrates vorzugehen, die die weitere Zusammenarbeit mit einem Amtshauptmann verweigern. Dies ist beispielsweise in Freyberg geschehen, und dadurch ist die ganze Verwaltung des Bezirkes ins Stocken geraten.

Der Ministerpräsident bestätigte, daß die Begründung Dr. Zeigners abgelehnt worden ist, und zwar vom Justizministerium, das nach einem feineren dem Ministerium Dresdenauer gestellten Kabinettsbeschlusses allein zuständig ist für Begründungen von Vergehen unpöllischer Natur.

Die Entlassung des Landtagsabgeordneten Edel als Redakteur der Staatszeitung erklärte der Ministerpräsident als sachlich geboten, da sich die redaktionelle Tätigkeit des Abgeordneten Edel durch seine intensive parlamentarische und agitatorische Wirksamkeit ohnehin in geringen Grenzen halten mußten.

Der Ministerpräsident gab im übrigen der Überzeugung Ausdruck, daß nach den gegebenen politischen Verhältnissen in Sachsen die jetzige Regierungskoalition allein in der Lage sei, dem Lande die Ruhe und sichere Stetigkeit der Entwicklung zu gewährleisten, die notwendig ist für sein wirtschaftliches und kulturelles Gedeihen. Er ist deshalb auch der Meinung, daß kein Anlaß vorliegt, von dem einmal beschrittenen Wege abzuweichen. Der Landtag wird sich in seiner nächsten Tagung zunächst mit dem Budgetgesetz zu beschäftigen haben, der bereits eingebracht ist, sowie mit dem Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1925, dessen Einbringung lediglich durch die noch nicht erfolgte Regelung des Finanzausgleiches mit dem Reich verzögert worden ist. Außerdem steht die Neuegung der Grund- und Gewerbesteuer sowie die Entscheidung über die Frage, ob die Wertsteuern als Gemeindef- oder als Staatssteuer festgesetzt werden soll, noch bevor. Die Festsetzung der Wertsteuern als Gemeindefsteuer hat den großen Nachteil, daß bei dem verfallenden hohen Grade der Wohnungsnot in den einzelnen Gemeinden des Landes die aufkommenden Mittel nicht dort verwendet werden können, wo der Wohnungsbedarf am größten ist. Es liegt ferner die Gefahr vor, daß Gemeinden ohne dringenden Wohnungsnot die Erträge der Wertsteuern nicht zu Zwecken des Wohnungsbauverwendens. Die Wertsteuern sind aber eine Zwangssteuer zur Beseitigung der Wohnungsnot und soll nicht zu einer allgemeinen Finanzsteuer werden.

Der Ministerpräsident betonte zum Schluß, daß gerade die

Arbeiterchaft ein lebhaftes Interesse an dem Fortbestand der Koalition in Sachsen haben müsse, da sie die unumgänglichen Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Besserstellung auch der Arbeiterchaft geschaffen habe, nämlich die Möglichkeit einer ruhigen Entwicklung des sächsischen Wirtschaftslebens.

Das Verhältnis Sachsens zum Reich und zu den übrigen Ländern ist gegenwärtig als normal und befriedigend zu betrachten. Auch auf diesem Gebiete waren durch das Kabinett Zeigner alle Fäden abgerissen worden und mühten erst mühsam wieder neu geknüpft werden. Die endgültige Regelung des Verhältnisses zu Bayern ist abhängig von der erneuten Bemittlung der Grenzposition für die sächsische Grenzschutztruppe in München, die in den neuen Hauptkatalog wieder eingestellt worden ist.

Die Ausführungen Heldts zeugen von demselben Mangel an Takt und Rücksichtnahme gegenüber der eigenen Partei, die wir leider bei dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten immer wieder bemerken. Der Ministerpräsident scheint nicht begriffen zu haben, daß es schließlich die Pflicht eines jeden Parteigenossen ist, bei der Kritik der eigenen Parteigenossen in der Öffentlichkeit ein gewisses Maß taktvoller Zurückhaltung zu bewahren, auch dann, wenn man mit ihren Handlungen nicht voll einverstanden ist. Heldt benutzte jede Gelegenheit, um seiner Abneigung gegen das Kabinett Zeigner und dessen Politik Ausdruck zu geben, obgleich er selbst der Regierung Zeigner mehrere Monate angehört hat. Wenn wirklich das Zeigner-Kabinett so übel gewirtschaftet hat, dann hätte es Heldt nicht so lange in dieser Regierung aushalten dürfen. Heldt scheint gar nicht zu merken, ein wie schlechtes Zeugnis er sich selbst mit seinem abspredenden Urteil über die Regierung Zeigner ausstellt. Zeigner, so behauptet er, habe eine Politik auf Abrufen getrieben. Was das eigentlich bedeuten soll, hat Heldt, wenigstens nach dem Bericht des Leipziger Tageblattes, nicht näher erläutert. Es ist doch auch nicht mehr als eine Redensart, die das Kabinett Zeigner überleben soll. Der Beweis dafür, daß die innere Verwaltung hätte auch technisch zusammenbrechen müssen, wenn nicht der politische Zusammenbruch Zeigners gekommen wäre, ist bisher in keiner Weise erbracht.

Von den Entfernungen der Zeignerzeit sollen sich nur wenig als sachlich begründet herausgestellt haben. Das entspricht nicht den Tatsachen. Ein großer Teil der Entlassenen, die gerade unter Zeigner und zum Teil durch Zeigner an wichtige Posten gekommen sind, ist noch heute im Amt und ihre Fähigkeiten werden von niemand bestritten. So wollen wir z. B. nur daran erinnern, daß in der Zeignerzeit u. a. der Genosse Buch zum Kreisbauernführer von Dresden und der Genosse Lempe zum Präsidenten der Landesversicherungsanstalt ernannt wurden. Wenn wirklich in einzelnen Fällen das Kabinett Zeigner eine besonders glückliche Hand gehabt haben sollte, so ist das ein Wunder, das jeder Regierung passieren kann und auch den früheren Regierungen sehr oft passiert ist.

Auch verstehen wir nicht, wie Heldt die Schuld an der gegenwärtigen Gefährdung der Gemeindeordnung dem Genossen Liebmann zuschieben kann. Für die neue Gemeindeordnung ist die ganze sozialdemokratische Fraktion verantwortlich.

Sehr eigenartig mutet es an, daß jetzt auf einmal Heldt die Maßregelung Edels damit begründet, daß dessen Tätigkeit infolge seiner parlamentarischen und agitatorischen Wirksamkeit in zu engen Grenzen gehalten habe. Einmal darf aus der Tatsache, daß ein Beamter im Parlament ist, überhaupt gegen ihn kein Grund an irgendwelchen Maßnahmen hergeleitet werden, hat doch ein Beamter sogar das Recht auf Urlaub, wenn er Mitglied eines Parlaments ist. Es ist eine alte Forderung aller freiheitlichen Parteien, daß Beamten wegen ihrer parlamentarischen Tätigkeit von ihrem Vorgesetzten unter keinen Umständen Schwierigkeiten gemacht werden dürfen, doch auch dafür scheint der gegenwärtige Ministerpräsident des Reichstags Sachsen keinen Sinn mehr zu haben. Außerdem ist es mehr als merkwürdig, daß einmal die Entlassung Edels mit Sparmaßregeln begründet wird, und dann wieder mit seiner angeblich zu geringen Tätigkeit. Was ist nun richtig? Edel sollte eben unter allen Umständen herausgeworfen werden und deshalb mußte nach Gründen gesucht werden.

Heldt stellt dann auch die etwas Kühne Behauptung auf, daß erst durch den Bestand der Koalitionserklärung die Voraussetzung für eine wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterklasse geschaffen wurde. Sollte dem Genossen Heldt nicht bekannt sein, daß wir die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in erster Reihe der Festigung unserer Währung zu verdanken haben? Es dürfte Heldt schwer sein, nachzuweisen, daß die jetzt erreichte Steigerung unserer Wirtschaft nicht

eingetreten wäre, wenn wir heute noch ein rein sozialistisches Kabinett hätten. Auch wenn man eine Koalitionserklärung in Sachsen für notwendig hält, braucht man doch wirklich nicht zu ihrer Rechtfertigung so fadenährliche Argumente vorzubringen.

Sachsen

Alumnatellen an den beiden sächsischen Fürstenschulen

Mit Ende des laufenden Schuljahres werden voraussichtlich an der Fürsten- und Landesschule zu Grimma 8 staatliche Freistellen und 19 Koststellen sowie an der Fürsten- und Landesschule zu Meißen 12 staatliche Freistellen und 1 Koststelle frei. Diese Stellen sind stiftungsgemäß für Knaben evangelischer Konfession und sächsischer Staatsangehörigkeit bestimmt, die entsprechende Fähigkeiten und Neigungen zu den höheren Wissenschaften zeigen. Für den Eintritt in die unterste Klasse (Untertertia) ist in der Regel die Erfüllung des 18. Lebensjahres Voraussetzung. Als Vorbildung sind an sich die Kenntnisse erforderlich, wie sie ein humanistisches Gymnasium in den Klassen Sexta bis Quarta vermittelt. Doch sollen zu Ostern dieses Jahres in Abweichung von den Aufnahmebedingungen, wie bereits im vorigen Jahre, auch Knaben aufgenommen werden, die solche höhere Schulen besucht haben, in denen nicht lateinisch, sondern Französisch als erste Fremdsprache gelehrt worden ist. Es auch Schüler Aufnahme finden können, die statt im Französischen im Englischen vorgebildet sind, darüber muß die Entscheidung zunächst vorbehalten bleiben, bis feststeht, ob eine größere Zahl solcher Schüler in Frage kommt. Ferner können auch ganz besonders gut begabte Volksschüler nach mindestens siebenjährigem Schulbesuche eintreten; für diese sind Vorkenntnisse in fremden Sprachen überhaupt nicht erforderlich, da sie an jeder der beiden Schulen in besonderen Fortkursen unterrichtet werden. Besuche von Aufnahme in eine der beiden Schulen und um Verleihung einer Alumnatelle (Frei- oder Koststelle), die im Wege der Weiterbildung vergeben werden, sind bis spätestens Ende Januar 1925 bei dem Ministerium für Volksbildung zu Dresden-N. 6, Carolaplatz 2, einzureichen. Den Gesuchen sind beizufügen: Geburts- und Taufschein, ärztliches Gesundheitszeugnis, Wiederimpfschein, die letzten Schulzeugnisse — bei Volksschülern das Zeugnisbuch — nicht einer besonderen Beurteilung der Anlagen, Kenntnisse, Etilen und Gemütsart des Anwiders, ferner, wenn der Eintritt in eine Freistelle begehrt wird, ein Vermögenszeugnis nach Art der für Stipendiaten geltenden Bestimmungen, aus dem außer den sonstigen Vermögens- und Einkommensverhältnissen auch zu erkennen sein muß, ob und welche Hindernisse sich ihnen bereits die Ausbildung der Gesuchsteller bei angemessenen Studien verurteilt. Wenn aus den Schriftstücken die sächsische Staatsangehörigkeit nicht zu erkennen ist, ist ein Nachweis darüber mit vorzulegen.

Städten, Gemeinden, Bezirksverbänden und sonstigen Körperschaften wird empfohlen, besonders gut begabten, bedürftigen Schülern den Besuch einer der Schulen durch Bewilligung des Verpflegungsgeldes usw. zu ermöglichen. — Das Ministerium für Volksbildung wird auch Ausländerinnen und nichtsächsischen Reichsangehörigen ausnahmsweise den Eintritt in die Schulen gestatten; Freistellen usw. bleiben jedoch Schülern sächsischer Staatsangehörigkeit vorbehalten.

Disziplinarverhandlung gegen Zeigner

Am 22. Januar d. J. findet vor der Disziplinarkammer in Dresden die Verhandlung in dem noch nicht abgeschlossenen Disziplinarverfahren gegen Dr. Zeigner statt.

Dem Genossen Caßen wird gedankt: In der Nummer 901 der Dresdener Volkszeitung vom 27. Dezember 1924, Seite 5, ist eine Veröffentlichung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Ostschlens abgedruckt, in der behauptet wird, daß ich der Einladung zu einer Sitzung, die sich mit dem Ausschluß der 23 Abgeordneten beschäftigt hat, nicht Folge geleistet habe. Diese Behauptung ist, soweit meine Person in Frage kommt, unrichtig. Wahr ist, daß ich bisher weder diese noch irgendeine andere Aufforderung von dem Bezirksvorstand Ostschlens erhalten habe.

Rachschulungslehrgang für Wohlfahrtskassen. Beim Arbeits- und Wohlfahrtsministerium sind verschiedentlich Anfragen nach Veranstaltung eines weiteren Rachschulungslehrganges für Wohlfahrtskassen ergangen. Ein solcher Lehrgang von 4 Monaten kann an der sozialen Frauenschule von Fraulein Dr. Lotte Schurig am 2. Februar 1925 beginnen, wenn durch Anmeldungen bei dem genannten Ministerium bis zum 24. Januar ausreichende Beteiligung sichergestellt ist.

Die „republikanische“ Reichswehr. Die Werbung der Sächsischen Republikanischen Korrespondenz, nach der Lehrer Wölfer vom 806er Lehrbataillon vom Bekehrtskommando IV gemarktet wurde, wird von der Volkszeitung für die Oberlausitz bestätigt. Das Blatt fügt hinzu, daß Vertreter der Sozialdemokratischen und Demokratischen Partei sich bereits ernstlich des Falles angenommen haben. Es bleibe abzuwarten, was der demokratische Reichswehrminister unternehmen wird.

Der Bürger

Roman von Leonhard Frank

Wolff Einshelmers Gesicht, das aus einem Rahmen über heraussprang, denn er trug seit Jahren ein schwarzes Seidenband straff über die wegstehenden Ohren gespannt, damit sie sich mit der Zeit anlegen sollten, war während der Prüfung so aufgedunsen, daß er das Band abnehmen mußte. Sofort wurden beide Ohren lebendig, schnellten nach vorne. „Jetzt, mein lieber, geht das Leben an. Weist du, was das bedeutet: das Leben? Ich bin grandios glücklich. Morgen laufe ich mit einem heißen Gut und trete dem Klub junger Kaufleute bei... Man ist ganz unter sich im Klub. Keine Weiber!“

Jürgen setzt nach einem hartnäckigen Kampfe mit der Tante durch, daß er nicht Staatsbeamter werden muß, sondern Philosophie studieren darf, schreibt eine Abhandlung, die ungeheures Aufsehen macht, und wird daraufhin zum Bürgermeister gewählt. „... Das ist Glück!“

„Du kannst dich darauf verlassen, daß das Glück ist.“ Während Wolff Einshelmer von den Anhängen sprach, die er sich machen lassen würde, wurde Jürgen Bekker einer Fabrik, in der zwanzigtausend Arbeiter beschäftigt sind, und bestimmt mit einem Federzuge, daß alle zwanzigtausend Arbeiter, alle Beamten und er selbst von jetzt an ganz gleichmäßig am Gewinn beteiligt werden.

Der alte Buchhalter sagt bestürzt: „Aber ich bitte Sie, Herr Direktor...“ „Genug! Ich will das so. Das ist nur gerecht. Und Jürgen schläft den alten Buchhalter freundlich, aber entschlossen fort.“

„Zu Hause werde ich meinem Allen ganz kalt erklären: Du, unter uns gefagt, ohne Ladefuhr und Pack bringst du mich nicht auf den Abiturientenball... Hör mal, Jürgen — aber Discretion bitte —, ich sage dir, daß ich nicht auf dem Ball nicht mit unseren Tanzumbenganschen abgeben werde. Kann mir nicht passieren!“

„Und wenn einem von euch in meiner Fabrik — das heißt, in unsrer Fabrik — etwas zustoßt, dann bekommt er eine Rente sein Lebenslang.“

„Ich halte mich glatt an die Schönheiten, die tabellos tanzen können. Oder hast du etwas gegen einen Wufen einzuwenden? Ich nicht.“

Als Wolff sich verabschiedet hatte — „Ich werde Gelegenheit nehmen, dir heute nachmittag meinen Besuch abzulassen“ —, dachte Jürgen darüber nach, weshalb er vor einigen Tagen zum ersten Male in seinem Leben ernstlich über das Gesein und die Not der andern nachgedacht hatte. Weshalb nicht schon Jahre vorher? Weshalb gerade an dem Abend, als ich nach dem Essen im Garten stand und im Nachbarhause die zornige Männerstimme und gleichzeitig vereinzelte Töne einer Ziehharmonika hörte?

Bisher habe er doch immer nur, und auch dann nur veranlaßt durch ein qualvolles persönliches Erlebnis, über sich selbst und seine eigene Not nachgedacht; und in jener Minute, ohne jeden äußeren Anlaß und unersprechlicher Weise plötzlich darüber, warum Wühnen, dieses gutmütige und nicht dumme Dienstmädchen, ihr Lebenlang in der Küche stehen, Stegen, Schube und Fenster putzen, Schlafstimmer aufräumen müsse, häßlich gekleidet und ungebildet sei, zum Beispiel nie lese, gute Bücher gar nicht verstehe, während die Tante und er die sorgfältig zubereiteten Speisen verzehren, die von Wühnen sorgfältig geplättete Wäsche tragen und Spatelpeare oder Soehle lesen könnten, wenn sie wollten; warum die siebzehnhundert Arbeiter von ihrem vierzehnten Jahre an bis zum Tode täglich von früh bis abends in der Papierfabrik des Herrn Hommes arbeiten müßten, während ungezählte Tausende junger Männer und Mädchen, die wenig oder nichts arbeiten, hübsch gekleidet und gepflegt täglich spazieren gehen konnten; warum die Arbeiter so schmerz, täglich und förmlich zu erfüllende Pflichten hatten — und die Wohlhabenden zum Teil recht angenehme oder gar keine; warum es überhaupt Reiche und Arme gab, und warum der arm und der reich war; warum die Armen tun mußten, was die Reichen wollten; ob all das ein Naturgesetz oder menschliche Willkür war.

Seit jener rätselhaften Sekunde hing er in einem Gedankenkreis und suchte vergebens den Mittelpunkt, von dem aus die Grundursache der Gemeinheit des ganzen Lebens, die ihn bedrückte, verstanden werden könnte.

Die Tante empfing ihn freudig mit den Worten: „Woh liegt hübsch klar und geordnet vor dir... Du wirst Staatsbeamter. Amtsrichter in einem hübschen, kleinen Städtchen. Das ist dein Lebensweg. Ich bin so glücklich.“

Jürgens Kopf nickte. „Du taugst zu nichts andern.“ Mut wollte heraussprechen. Und wurde zu einem schlaffen, gefährlichen Lächeln, während die Tante sich feierlich erhob, das Tischgebiet zu sprechen.

„Ich werde nicht Amtsrichter. Ich will keine Urteile fällen über andre.“

Das Dienstmädchen war halbwegs in der Stube stehen geblieben, die Hände gefaltet.

„Im Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes... Bringen Sie diesmal auch eine Flasche Wein, Wühnen.“

Das besonders feine Damaststisch Tuch, das selten benutzte schwere Familienbesteck, die Feierlichkeit der Tante und Jürgens Bemerkung machten, daß das Mahl reich und schmelzigem vertief.

„Und wenn du nachher Amtsrichter bist,“ begann bei der Sühnwiese die Tante in guttem Tonfall, als ob sie Jürgens Weigerung gar nicht vernommen hätte, „wirft du erst so recht einsehen, daß eben gerade die strenge Pflichterfüllung dir die Achtung deiner Mitmenschen einbringt. Du wirst ein geachteter Mann sein. Und das ist die Hauptsache: Ein Mann, der sein sicheres Auskommen hat! — Auch wenn ich einmal nicht mehr da sein werde. Die Pflicht vor allem!“

Wühnen brachte herbor, das gnädige Fräulein sterbe geistig noch lange nicht. Die Tante deutete mit dem Zeigefinger auf ihre Brosche: „Meine Brust harmonisiert nicht.“ Und Jürgen fragte: „Aber was ist Pflicht?“

„Das weiß doch jeder Mensch. Jeder Mensch muß seine Pflicht tun... Bringen Sie noch etwas Kompott... Du wirst nicht Amtsrichter werden? Ich sage: du mußt es werden. Du willst keine Urteile fällen? Du mußt Urteile fällen. Denn dein Vater hat dich zum Amtsrichter bestimmt. Ich sage nochmals: Die Pflicht vor allem!“

(Fortsetzung folgt.)

Dresdner Chronik

Erbe ...!

Ich. In schweren Kommissstiefeln stapfte ich zwei Jahre in der blutigen Spur des Krieges. In qualvollen Stunden irrten meine Gedanken über die flandrische Erde, das uns „feindliche“ Land ...

Wohl hinter der Front tauchten wir mit den Bewohnern freundliche Worte. Wir gaben ihnen von unseren zugemessenen Maßportionen, um die Kinder, die Mütter, die alten Männer vor dem qualvollsten Hunger zu bewahren. Wir halfen auch ihren kleinen Gärten bestellen ...

Heute wissen wir es: die Erde ist allen Proletariern gemein. Ueber den Frieden der tätigen Arbeiterklasse schwingt nur noch der Fluch kapitalistischer, imperialistischer Macht und Mäulerei.

Vor Wochen las ich einen Bericht über die Kämpfe in China. Städte verwüstet und ausgeplündert, Land zertreten und zerstossen. Alles, was wir erlebten.

Der Berichterstatter mußte noch mehr zu sagen. Er schrieb: Die Chinesen sind im allgemeinen ein friedliebendes Volk. Gegen hohen Sold hat man sie zum Kriegsdienst gedungen. Aber den Sold erhalten sie nicht. Er wird zwar ausbezahlt, aber er rinnt durch soviel „höhere“ Hände, daß für den gemeinen Soldaten nichts übrig bleibt. Dafür hält man die Soldaten durch ein Versprechen: Sie dürfen plündern. Das nicht nur das. Nach ihrer Rückkehr wird ihnen Siedlungsland in Aussicht gestellt ...

Als Lohn für den blutigen Dienst ein Stück Erde ... Ein kurzer Traum für die armen chinesischen Proletariatsgehaltn! Heute lese ich: In Peking, etwa 150 Kilometer nördlich von Peking, sind 800 Soldaten erschossen worden, weil sie aus Rache dafür, daß ihnen das versprochene Siedlungsland nicht angewiesen worden ist, die Stadt geplündert haben ...

Diese Nachricht kommt mir in der Neujahrsnacht vor Augen. Ich öffne das Fenster und eine das Schweigen der Welt durchdringende Stimme schimmert darüber am Himmel in unendlicher Zahl.

Erde ... allumfassend und Frieden verheißend. Ich weiß: Die Tragik jener 800 Toten umschließt das tiefe, große Verlangen aller Proletarier der Welt: sinnvollen Anteil an dem Boden der Erde zu haben!

Aufstieg der Genossenschaft:

Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine umfaßt über 1000 Einzelvereine, die regelmäßig über ihre Wochen- bzw. Monatsumsätze berichten. Diese Berichte lassen erfreulicherweise erkennen, daß alle Vereine mit wenigen Ausnahmen die Krise überstanden und sich im Jahre 1924 sehr gut erholt haben.

Die zehn größten Konsumvereine Deutschlands sind nach dem Umsatz geordnet: Produktion, Hamburg, Konsumgenossenschaft Berlin, Vorwärts, Dresden, Eintracht, Offen, Leipzig-Flugweg, Vereiningung, Varnen, Hoffnung, Reich, München, Dortmund Kiel und Bielefeld.

Der Konsumverein Vorwärts, Dresden, steht also an dritter Stelle unter den Millionenvereinen, wobei zu beachten ist, daß in Dresden noch ein zweiter Konsumverein mit circa 9000 Mitgliedern, der Konsumverein für Viechen und Umgebung, besteht. Die Monatsumsätze betragen im Konsumverein Vorwärts:

Januar	978 000.-	Juli	1 290 000.-
Februar	1 189 000.-	August	1 375 000.-
März	1 381 000.-	September	1 351 000.-
April	1 371 000.-	Oktober	1 611 000.-
Mai	1 493 000.-	November	1 701 000.-
Juni	1 225 000.-	Dezember	2 188 000.-

Gesamtumsatz im Jahre 1924 = 17 075 435.- M.

Diese beachtliche Umsatzsteigerung ist zu einem erheblichen Teil auf die gesunde Preispolitik und die vom Sekretariat des Vereines einseitige Beredbarkeit zurückzuführen. An den Veranstaltungen des Hauptvereines beteiligten sich rund 6000 Personen und die Frauensammlungen waren von circa 30 000 Frauen besucht. Großen Eindruck machten die in diesen Veranstaltungen überaus reichhaltigen Varenausstellungen. Unbeschäftigt von der Zeitung des Vereines hatten die Vertreter der Mitglieder Einblicke in den privaten Konsumwarenhandel gemacht und zu gleicher Zeit die gleichen Waren aus den Verteilungsstellen entnommen, um eine Vergleichsbasis zu bekommen.

Das Ergebnis war mehr als einmal selbst für die Einkäufer verblüffend. Es stellte sich heraus, daß die Warenentnahme aus der Genossenschaft für die Mitglieder von großem Vorteil war. Zwei bis dreifach Prozent Preisdifferenz zugunsten der Genossenschaft wurden festgestellt. Da die proletarischen Frauen aber mit jedem Pfennig rechnen müssen, so erkannten sie bald, daß sie sehr schlecht beraten waren, als sie ihren Bedarf in Privathandlungen deckten und wandten sich wieder der Genossenschaft zu.

Daß der Konsumverein Vorwärts trotz den erbitterten Widerstand der Großhändler und dem Postkonflikt des Landesvertriebes immer wieder Mittel und Wege fand, die Versorgung im Gange zu erhalten, hat ebenfalls Anerkennung gefunden.

Die Kohlenversorgung der Mitglieder ist erneut in Angriff genommen worden und befragt nur der lauffähigen Unterstützung der Mitglieder, um ausschlaggebend zu werden. Die Dresdner Kohlenhändler haben sich, bis auf eine Firma, geweigert, die Mitglieder der Genossenschaft durch ihre Unternehmen zu beliefern. Der Grund liegt auf der Hand, sie wollen die genossenschaftliche Brennstoffversorgung schon im Keime erlöchen. Sie hoffen, daß ihnen dies, Dank der Bequemlichkeit der Mitglieder, gelingen wird. Diese Rechnung dürfte aber falsch sein.

Welcher Beliebtheit sich die Weihnachtsstellen des Konsumvereines Vorwärts erfreuen, zeigt die Tatsache, daß diesmal wieder rund 50 000 Stellen geboten worden sind. In allen Verteilungsstellen macht sich ein reges Interesse für die wieder eingeführte Stellensteuer bemerkbar. Daß der Verein Rückvergütung und Sparrabatt zahlt, die Sparrabatt mit 15 Prozent ausbezahlt und bereits vom 1. Januar 1925 mit 5 Prozent vergünstigt, ist ebenfalls als Zeichen der Gefundung zu bemerken und geeignet, das Vertrauen der Mitglieder neu zu festigen.

Die Zeichen weisen sich, daß die Verbraucher sich auf ihre eigene Kraft bestimmen und sie planmäßig in den Verbrauchergenossenschaften konzentrieren. Hier endlich die ungeliebte Herpflichtung der Kaufkraft und die Eigenbräuterei verschiedener Beamten- und Wirtschaftsklassen auf, dann muß ein Aufschwung der Genossenschaftsbewegung eintreten, der die deutsche Genossenschaftsbewegung an die Spitze der internationalen Genossenschaftsbewegung stellt. Der Konsumverein Vorwärts wird dabei, wie bisher, mit an erster Stelle stehen.

Reform der Rechtspflege

Die bisherige Tätigkeit des Deutschen Reichsgerichts hat in fünf Arbeitstagen zu dem früheren Erkenntnis geführt, daß die weitestgehenden und empfindlichsten Rechtsarbeiten entgegen der landläufigen Ansicht weniger im Straf- als vielmehr im Zivilrecht zu suchen sind. Dem Reichsrat und dem Reichsausschuß des Reichstages unterbreitet der Bund auf Grund dieser eingehenden Erfahrung die folgenden Forderungen als die dringlichsten:

Die Zuständigkeit des Amtsgerichts als des volkstümlichsten und am meisten lebensnahen Gerichts ist auf 1500 M. zu erhöhen; die Simultanzulassung der Amtsgerichts-Anwälte ist auf das ganze Reich zu erstrecken. Die Rechtspflege ist zu verbilligen. Die Fälle nehmen erscheidend zu, in denen die Rechtsverfolgung an der Kostenfrage scheitert.

Im Ehecheidungsprozeß ist das Bezugsprinzip zu Grunde zu legen. Bei der großen Zuständigkeit im Reichstag am 23. und 24. Februar 1923 haben Vertreter aller Parteien, mit alleiniger Ausnahme des Zentrums, dieser Forderung zugestimmt. Es gibt keine Rechtsvorschrift in Deutschland, die von juristischen wie nichtjuristischen Seite gleich häufig und nachdrücklich bekämpft wurde als § 1509 des Bürgerlichen Gesetzbuches in seiner gegenwärtigen Fassung vom 18. August 1896.

Paragraf 1609 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist dahin zu ändern, daß die leiblichen Eltern bei Bedürftigkeit neben dem Ehegatten zu berücksichtigen sind. Unterhaltungsbeiträge, nach denen aus § 1609 BGB. die betretende Unterhaltungsbeiträge gegenüber der Mutter außer Betracht bleiben muß, setzen sich in Widerspruch mit einer der selbstverständlichen höchsten Forderungen. Das Recht der unehelich Geborenen bedarf mit Rücksicht auf Artikel 121 der Reichsverfassung einer durchgreifenden Besserung. Die Gerichtsferien sind zu beschränken.

Höchstpreise für Kleingartenland

Die Amtshauptmannschaft Dresden macht bekannt: Im Amtshauptmannschaftlichen Verwaltungsbezirk dürfen Grundstücke zum Zweck nichterwerbsmäßiger gärtnerischer Nutzung (Kleingartenland) nicht zu höheren, als den nachstehenden Preisen veräußert werden: Für jetzigen Boden 0,04 Reichsmark jährlich je Quadratmeter, für langjährig bewesenen 0,03 Reichsmark jährlich je Quadratmeter für minderwertigen Boden 0,02 Reichsmark jährlich je Quadratmeter.

Zu diesen Grundstückspreisen können, nach Maßgabe von Punkt 4 der Richtlinien des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums vom 24. Juli 1924 (Nr. 171 der Sächsischen Staatszeitung vom 25. Juli 1924), Zuschläge für Verzinsung und Nutzung und von Verpächter bezahlten Einbauten, für Grundsteuer und von Verwalter zu zahlende Steuern, die bei der Festsetzung des Gesamtpreises besonders aufzuführen sind.

Andere Zuschläge dürfen nicht erhoben werden. Bedingte durch die Kleingartenfläche Veräußerung des Verpächter entstandene Aufwendungen (besondere Bodenbearbeitung, Wegeanlagen, Vermessungsgebühren, Friederichtstellungen an Einbauten, Wasserzins usw.) sind unabhängig vom Vorbehalt laut nachzuweisenden Rechnungsbüchern vom Käufer zu erhalten.

Kleingartenland im Sinne dieser Bestimmung ist nur solches, dessen Größe 300 Quadratmeter für die linderlose Familie und weitere 50 bis 100 Quadratmeter (je nach Bodengüte) für jedes weitere verdingungsberechtigte Familienmitglied nicht überschreitet.

Veräußerungsbefugnisse bezüglich solcher Kleingartenlandes, zur die vorstehende Vorschriften bindend sind, dürfen auf die Geltungsdauer dieser Vorschriften gemäß § 3 der Kleingarten- und Kleingartenlandverordnung vom 31. Juli 1919 (RGM. S. 1871) vom Verpächter nicht getilgt werden, es sei denn, daß ein wichtiger Grund für die Kündigung oder die Nichterneuerung des Rechtsverhältnisses vorliegt.

Zur Entscheidung von Streitigkeiten, die sich aus der Anwendung dieser Vorschriften ergeben, sind nach den Ausführungsbestimmungen vom 28. Oktober 1923 (RGM. S. 489) und vom 16. Dezember 1924 (RGM. S. 667) die Amtsgerichte als Miteinstanz zugewiesen.

Diese Vorschriften, die an die Stelle der von den früheren Amtshauptmannschaften Dresden-Nordstadt und Dresden-Klein-Neustadt erlassenen Bekanntmachungen über Höchstpreise für Kleingartenland, gelten auf die Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1925.

Filmschau

h. Das schöne Abenteuer, sechs Kapitel aus dem Leben einer schönen Frau, die ein Abenteuer suchte und einen Mann fand. Das ist der anreizende Titel für einen Film, der in den U. S. Lichtspielen läuft und ebenso wenig fällt, was er vertritt, wie die früheren durch die Kritik glänzend bewerteten französischen Kinoprodukte. Die Aufnahmen zeigen von hoher Technik und auch einige italienische Landschaftsbilder sowie Solos von Rizza und Gardone können erfreuen. Das ist aber auch alles. Man muß sich wundern, daß solch viel Mühe, Aufwand und Aufwands in eine so triviale, ausgetragene, aneinem sensationslüsternen und völlig wirkungslos abgehandelt verwerfend wird, die ein näheres Eingehen absolut nicht lohnt. Aber die Filmkritiker und vor allem die Filmgoetter sind ja so sicher, daß die bürgerliche Presse jeden Film lobt, keine ernste Kritik, sondern nur Berichterstattung drucken und so das Publikum irreführt. So findet das Kino, das in jeder Beziehung eine Wundererfindung sein könnte, bei Kritik und Schuld keine ernsthafte Gegenwirkung und ist deshalb auch heute noch, was die meisten großen Städte anlangt, für Erwachsene kaum mehr als eine Anbahn für leichtes Jettistisches, für die Jugend verhängnisvoll und verderblich. Darum ist es zu begrüßen, daß jetzt städtische Zentralfilmprüfungsstellen in Berlin und München errichtet worden sind, die die Filme auf ihren künstlerischen und bildnerischen Wert prüfen sollen. Lieberwägt das eine oder das andere, dann geben diese Stellen eine amtliche Besätigung über die Kulturwertigkeit des Films, die dann für das ganze Reichgebiet Geltung hat. Es wäre sehr erfreulich, wenn durch solche Einrichtungen und durch Verbesserung des bildnerischen und künstlerischen Niveaus bei der städtischen Zensurung leichte und kulturfeindliche Filme ausgemerzt würden. Das könnte gewiß in verhältnismäßig hohem Maße bringen, denn der künstlerische und kulturell hochstehende Film bedeutet zugleich auch das gute Geschäft. Das sollten die Kinogöetter, gegen die sich unsere Kritik richtet, endlich einsehen. Tut sie es nicht, so wird dies ihr eigener Schaden sein, denn das Kinopublikum wird schneller als man denkt, von derartigen gespielten Täuschen überläßt sein, wie es den früheren minderwertigen Schuld auch schnell abgesehen hat. Neben der großen Wichtigkeit steht man noch: Die Landwirtschaft in der Welt. Unterernährte, abgearbeitete und ausgebeutete Landarbeiter und -arbeiterinnen, die hauptsächlich nur vom Regen leben, mühen sich unter drallender Sonne in dieser reichen Kornkammer für Westeuropa um die Ernte und zeigen sich bei primitivem Tanz und Spiel.

Raufmannsgericht

Wann gilt ein Einschreibebrief als zugestellt?

Mit einem außergewöhnlichen Fall hatte sich das Dresdner Raufmannsgericht in mehreren Terminen zu beschäftigen, der recht seinen vorläufigen Abschluß gefunden hat. Ein Kaufmann M. war bei einer hiesigen Fabrik J. halbtagsweise als Korrespondent angestellt. Da die Firma ihre kaufmännischen Papiere von Dresden nach Berlin verlegte, wurde von dem ganzen Personal am 15. November 1924 zum 31. Dezember gekündigt. Dem M. wurde die Kündigung durch Einschreibebrief in seine Wohnung geschickt. Durch Zusammenreffen einiger Zufälligkeiten konnte dem M. der Brief erst am 29. November zugestellt werden, und da an diesem Tage die Kündigungsfrist für den 31. Dezember abgelaufen war, fragte er vor dem Raufmannsgericht auf Weiterzahlung seines Gehaltes bis zum 31. März 1925, als dem nächsten gesetzlichen Entlassungstermin. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß der Brief am 29. November dem Gerichte vorlag, am 15. Novem-

ber aufgegeben war und dem M. am 17. November zugestellt werden sollte. M. wurde aber nicht angetroffen. Der betreffende Postbote, der als Zeuge vernommen wurde, gab an, daß er an jenem Tage einen Benachrichtigungssettel in den zum Einwerfen angebrachten Briefkasten gesteckt habe. Der Kläger hat diesen Sattel jedoch nicht vorgefunden und so blieb der Brief auf dem ausländigen Postamt liegen, bis der Kläger durch ein zufälliges Zusammenreffen mit dem Postboten am 24. November von dem Vorhandensein eines Einschreibebriefes erfuhr, der ihm dann am 29. November während seiner Arbeitszeit im Bureau jener Firma zugestellt wurde. Die als Zeugin vernommene Frau des Klägers, die seit Juli 1924 in Erbschaftsangelegenheiten in Leipzig wohnt und nur Sonnabends und Sonntags in Dresden ist, bekundete ebenfalls, den Benachrichtigungssettel bei ihrer Anwesenheit in Dresden nicht gefunden zu haben, bzw. von dessen Vorhandensein keine Ahnung gehabt zu haben. Der Kläger war bereit, seine Aussagen und Behauptungen durch Eid zu erklären.

Die beklagte Firma gab die Möglichkeit zu, daß der betreffende Benachrichtigungssettel auf unerklärliche Weise abhanden gekommen sein kann, sie stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß das nicht von ausschlaggebender Bedeutung sei. Sobald der Sattel in dem Bereich der Wohnung des M., in der sich weiter niemand aufhalte als des M. Ehefrau, gelommen sei, sei die Möglichkeit von der Kenntnisnahme des Sattels und damit von der Empfangnahme des Briefes gegeben, und diese Möglichkeit sei der springende Punkt. Es sei deshalb der Kündigungsbrief als am 17. November zugegangen zu betrachten.

Der Vertreter des Klägers vertrat die gegenteilige Meinung. Nach der auch von der Beklagten anerkannten Theorie trägt der kündigende die Gefahr der rechtzeitigen Ankunft des Kündigungssattels. Die Gefahr besteht für den Abgeber solange, als dem Empfänger der Brief nicht zugegangen ist. Es nicht zugegangen hat aber der Brief solange zu gelten, als der Empfänger nicht Kenntnis von dem Vorhandensein des Briefes erlangt hat. Da der Kläger tatsächlich niemals dem vom Postboten in den Briefkasten gesteckten Benachrichtigungssettel zu Gesicht bekommen hat, hat er die Kenntnis von dem Vorhandensein des Kündigungssattels erst mit der Empfangnahme des Briefes am 29. November erlangt. Auch positiv ist die Hinterziehung des Benachrichtigungssattels nicht die Zustimmung. Das geht daraus hervor, daß die Frau noch nach der Hinterziehung des Sattels die Zustimmung des Briefes verweigerte, sie hat aber mit der Abgabe des Sattels ihre Zustimmung nicht als abgeschlossen betrachtet. Im übrigen trägt die beklagte Firma selbst die Schuld an der Erklärungsverweigerung des Briefes, da sie die Möglichkeit gehabt hat, dem Kläger, mit dem sie täglich zusammentraf, das Kündigungsschreiben persönlich zu überreichen.

Was einer sehr langen Verhandlung verhandelte der Vorsitzende des Gerichts folgenden Beschluß: Dem Kläger wird der Eid darüber auferlegt, ob er am 17. November 1924 Kenntnis von dem Benachrichtigungssettel erlangt hat. A. vor dem 24. November 1924 Kenntnis von dem Vorhandensein eines Einschreibebriefes hatte. Leitet er diesen Eid, so wird seiner Klage stattgegeben, leitet er ihn nicht, so wird seine Klage abgewiesen.

Der Gericht stellte sich also auf den Standpunkt, daß mit der Hinterziehung des Benachrichtigungssattels, wenn er nicht in die Hände des Empfängers gekommen ist, der Brief nicht als zugestellt zu gelten hat.

Konsumvereine und Preisrücknahme. Das Reichsgericht in Leipzig, der höchste Gerichtshof Deutschlands, hatte sich kürzlich mit der Frage zu befassen, ob auch Konsumgenossenschaften der Verrechnung über den Kauf von Preisrücknahmen unterliegen. Das Reichsgericht kam im Gegensatz zu zahlreichen vorangegangenen andergerichtlichen Urteilen zur Bejahung der Frage. Das Reichsgericht, dem in seinem Urteil ein Recht unterlaufen ist, hat zu seinem Spruch eine Begründung gegeben, die den höchsten Beachtenswert erscheint. Das oberste deutsche Gericht anerkennt in seiner Urteilsbegründung (R. D. 650/1924 VIII. 889), daß die Konsumgenossenschaften grundsätzlich keinen Handel, also auch keinen Einzelhandel treiben, und ferner, daß die Absicht der Gewinnerzielung bei den Konsumgenossenschaften nicht vorliegt. Der höchste Gerichtshof führt weiter aus, daß durch das vorläufig noch bestehende Gebot der Offenlegung der Preisobergrenzen einer Heberverteilung der Verbraucher vorgebeugt werden soll. Diese Preisobergrenzen sollen den Kaufwilligen die Prüfung ermöglichen, ob die gebotenen Preise angemessen oder ob sie in der Lage sind, das gewünschte Bedarfsgut aus einer anderen Quelle vorzuziehen zu beziehen. Dadurch werde zugleich auf die Verkäufer ein Druck ausgeübt, daß sie ihre Preise möglichst niedrig halten. Da die Konsumgenossenschaften befreit seien, ihre Preise möglichst niedrig zu halten, so sei gerade dieser Umstand geeignet, einer Verteuerung der Lebensmittel entgegenzutreten und auf die allgemeine Preisbildung richtunggebend zu wirken. — Diese Auffassung des Reichsgerichts wird man sich für alle Fälle merken dürfen.

Beschleunigter Ausgleich auf dem Stellenmarkt. Der öffentliche Arbeitsmarkt hat das Vertrauen, möglichst rasch Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt auszugleichen. Trotz der großen Zahl bei ihm gemeldeter Arbeitsuchender ist er oft nicht in der Lage, unter diesen geeignete Kräfte für bestimmte bei ihm gemeldete Stellen herauszufinden. Andererseits sind häufig in den Sachabteilungen des öffentlichen Arbeitsamtes Bewerber gemeldet, die mancher Arbeitgeber sofort einstellen würde; er verkennt sie nur aus Unkenntnis über die ganze Einrichtung oder über die augenblickliche Lage des Stellenmarktes nicht beim öffentlichen Arbeitsnachweis. Um daher in weitem Umfange als bisher Angebot und Nachfrage auf dem Stellenmarkt auszugleichen und Stellenuchenden bekanntzugeben, wird künftig regelmäßig in Stellenmarkt der vorliegenden Tageszeitung eine Anzeige des öffentlichen Arbeitsnachweises erscheinen. Es ist zu erwarten, daß durch diese Einrichtung der Ausgleich auf dem Stellenmarkt wesentlich gefördert wird, und daß Arbeitgeber wie Stellenuchende sich in noch größerem Umfange als bisher der völlig unentgeltlichen und unparteiischen Arbeitsvermittlung beim öffentlichen Arbeitsnachweis Dresden und Umg., Marienstraße 17, bedienen.

Die erleichterte Auslandsreise. Bekanntlich sind mit dem 31. Dezember die bisher für die Ausreise aus dem deutschen Reichsgebiet erforderlichen Steuerbescheinigungen der Finanzämter fortgefallen. Der Reichsminister hat bereits einen Erlass bekanntgegeben, der die Beseitigung der bisherigen Bestimmungen enthält. Danach bedürfen Reichsausgehende in Zukunft bei Grenzüberreitungen keines Sichtvermerks mehr. Sie können also auf Grund ihres Passes das Reichsgebiet verlassen und einreisen. Insbesondere werden auch die Auslandsbesitzer von der Verpflichtung entbunden, sich vor der Einreise in das Reichsgebiet bei der zuständigen deutschen Vertretung im Auslande einen Sichtvermerk zur Weiterreise zu beschaffen. Für nichtdeutsche Personen ist von Bedeutung, daß für die Ausreise aus dem Reichsgebiet als vom Sichtvermerk befreit gelten, wenn sie beim Grenzübertritt in bestimmter Form nachweisen, daß sie ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Reichsgebiet haben. Darüber hinaus bedürfen die Reichsregierung zugunsten der Reichsausgehenden technische Erleichterungen im Verkehr zwischen einzelnen fremden Staaten herbeizuführen. Die Reichsregierung ist bereit, die Aufhebung oder Einschränkung des Sichtvermerks zugunsten der Angehörigen solcher Staaten in Erwägung zu ziehen, die ihrerseits zu entsprechenden Zugeständnissen bereit sind.

Rückkehr von Kindern aus dem Kindererholungsheim Großschütz des Landes-Kaufhauses für Arbeiter-Mahlhäuser. Die im Kindererholungsheim untergebracht Kinder treffen Freitag den 9. Januar, mittags 12.04 Uhr, auf dem Hauptbahnhof in Dresden ein. Die Eltern werden ersucht, die Kinder dort zur angegebenen Zeit in Empfang zu nehmen.

Bereins- und Versammlungs-Kalender

Verbandsrat der Arbeitervereine, Arbeitervereine und Arbeitervereine. Freitag den 8. Januar 1925, abends 8 Uhr, im Restaurant „Ecke“ (Königsplatz), abends 8 Uhr, im Restaurant „Ecke“ (Königsplatz), abends 8 Uhr, im Restaurant „Ecke“ (Königsplatz).

Verbandsrat der Arbeitervereine, Arbeitervereine und Arbeitervereine. Freitag den 8. Januar 1925, abends 8 Uhr, im Restaurant „Ecke“ (Königsplatz), abends 8 Uhr, im Restaurant „Ecke“ (Königsplatz), abends 8 Uhr, im Restaurant „Ecke“ (Königsplatz).

Verbandsrat der Arbeitervereine, Arbeitervereine und Arbeitervereine. Freitag den 8. Januar 1925, abends 8 Uhr, im Restaurant „Ecke“ (Königsplatz), abends 8 Uhr, im Restaurant „Ecke“ (Königsplatz), abends 8 Uhr, im Restaurant „Ecke“ (Königsplatz).

Ein Alt schöner Solidarität. Wie schon so oft, hatte sich auch am Sonntag den 3. Januar der Vereinigte Männerchor, Dresden-Kreisstadt, in den Dienst der Arbeiterbewegung gestellt. Diesmal galt es aber nicht nur eine Arbeiterveranstaltung zu verschönern, nein, der städtische Chor hatte sich mit dem Sportverein „Gefahrlos“, Dresden-Bieschen, verbunden, um gemeinsam einen schönen Beweis für die in ihren Reihen herrschende Solidarität mit der Gesamt-arbeiterbewegung zu geben. Zum Festen der Streikenden der Firma Villeroz u. Koch war zu einem Konzert eingeladen worden. Die Besucher aus Arbeiter- und auch bürgerlichen Kreisen füllten den großen Saal des Hauptpalastes (Stadt Leipzig) bis auf den letzten Platz. Unter der Leitung ihres langjährigen Dirigenten, Otto Neubert, wurden die zum Teil recht schwierigen Stücke mit der von diesen Sängern schon allgemein bekannten Exatheit ausgeführt. Der Beifall der dankbaren Hörer sei ihnen schon für ihre schöne Solidaritätsbezeugung. Den Stimmopfernden Arbeitern von Kreisstadt, vor allem den jüngeren Vorkämpfern ist die Erwerbung der aktiven Mitgliedschaft in diesem erstklassigen Chor nur zu empfehlen. Mitglieder des Chores stellen lebende Bilder nach verschiedenen Weisen, unter anderem: „Die Arbeit“, „Macht geht vor Recht“, „Der Volkspolier“ und fanden reiche Anerkennung. Eine besondere Leistung stellte die Gruppe „Die Freiheit“ dar, wozu die Sänger aus dem Hintergrund die Internationale erklingen ließen.

Gefäßliche Rentenbankheine zu 50 M. sind in letzter Zeit in Umlauf gesetzt worden. Diese Scheine sind bei einiger Aufmerksamkeit an der mangelhaften Papierbeschaffenheit, der abweichenden Farbgebung und dem schlechten Druck leicht zu erkennen. Als Verkaufspreis solcher Scheine kommt ein anscheinend dem Kaufmannsstand angehöriger Mann, etwa 30 Jahre alt, etwa 1,65 Meter groß, mit dunklen Haar, dunklen Augen und kurz verhaartem Schnurrbart in Frage. Dieser Unbekannte ist vermutlich Polak, sprach deutsch und sehr leise. Er trug dunkelgrünen Hosen, Strehmlegetasche, weichen braunen Hut und machte einen vornehmen Eindruck. Die Kriminalpolizei marst vor Entgegennahme solcher 50-Rentenbankheine und ersucht um Festhaltung des Unbekannten und um sofortige Mitteilung bei dessen Wiederauftreten.

Der Prager-Strassen-Eingang. Die Verkaufsbuden, die jahrelang an der Ecke Wiener Platz-Prager Straße standen und Schokolade, Pralinen, Buchwaren und Zigaretten enthielten, sind seit gestern verschwunden.

Einem Selbstmordversuch unternahm am Montag in einem Hause der Litzmannstraße ein 23jähriges Dienstmädchen, das sich mit Vergiftung bedroht hatte. Nach 25 Minuten langer Zuführung von Sauerstoff, konnte es aber wieder zum Bewusstsein erweckt werden.

Ein Mädchen vermisst. Seit dem 3. Januar, nachmittags, wird die 9 Jahre alte Margarete Troffa, Tochter des Schuhmachers Johannes Troffa in Leipzig, vermisst. Seit dieser Zeit ist das Kind spurlos verschwunden. Es wird befürchtet, daß an ihm ein Verbrechen verübt worden ist.

Tot aufgefunden wurde dieser Tage von einem Aufseher auf dem Annenfriedhofe an der Kesselförderer Straße eine 78 Jahre alte Gutsherrinwitwe, die ihrem Leben durch Erhängen ein Ziel gesetzt hatte.

Dresdner Umgegend

Wälfische Felddienstaßungen

Ein Leser schreibt uns aus Wühlau: Am Sonntag waren die Einwohner von Wühlau Zeugen eines wälfischen Aufmarsches. Schon frühzeitig zogen zwei Kolonnen in ungefährer Stärke von je 100 Mann nach Weisig zu. Uniformiert waren diese „Wälfenjünglinge“ in der bekannten Weise mit über den Tornister geklemmten Mantel. An der Seite trugen sie in Seitengewehrähnlichen Ständen Gewehrknäpfe. Ein anderer Trupp mit vorangetragener kaiserlicher Kriegsfahne und darüber wehenden roten Kreuzknäpfe war neben der bekannten Hiltracht noch durch schwarze rote Armbänder mit dem roten Kreuz gekennzeichnet. In Weisig ist von einem solchen Trupp ein friedlich daherkommender Radfahrer zum Rad gezerrt und ihm das Rad zertrümmert worden. Die Bevölkerung war aufs tiefste empört über dieses Verhalten, und die Herrschaften, die gegen einzelne wehrlose Bürger so mutig sind, mögen sich bei der Geduld der Einwohnerlichkeit bedanken, daß ihnen diese Brauwerkstätten nicht recht überliefert werden. Wird sich der Staatsanwalt für diesen Vorfall interessieren? Und wird weiterhin die Republik solche provokierende Aufmärsche gestatten? Soll der Brunnen erst dann wieder zugedeckt werden, wenn das Kind hinein gefallen ist?

Außerdem haben die Dinge noch eine ungewöhnlich wichtige Seite, insofern, als wahrscheinlich derartige Vorgänge auch von Ausländern nicht unbeachtet bleiben. Ja, ist es denn dann noch verwunderlich, wenn in der ausländischen, und einer die Völkerverständigung absichtlichen Presse immer und immer wieder die Nachrichten ausfallen, Deutschland hat nicht abgerüstet und unterhält ein riesiges Heer von wehrlosen viel Dumbertausenden? So wird den Kriegshörnern drüben immer wieder Stoff für die Wälfen geliefert und den verständigungsberreiten Schichten die Arbeit erschwert.

Soweit die Zukunft. Wir wollen auf die formalrechtliche Seite der Sache gar nicht eingehen. Es ist dem Bürger dieser Republik schon längst nicht mehr möglich, genau zu wissen, unter welchen Umständen solche kriegerischen Aufmärsche gestattet sind oder nicht, wie die Anstalt beschaffen sein müssen, deren Führung verboten ist, und welche Mittel der Staat für solche antirepublikanische, militaristische Aufmärsche überhaupt duldet und damit der chauvinistischen Propaganda im Ausland den Schein des Rechts für den Vorwurf gibt, Deutschland sei rebandelnäher. Wenn diese Aufmärsche tatsächlich ohne alle Einschränkung gestattet sind, dann ist das eine Duldung von selbstmörderischer Wirkung, eine Toleranz, die zur Verschuldung wird an allen unheilvollen Folgen, die sich aus dieser fortgesetzten Provokation der eigenen republikanischen Bevölkerung und des Auslandes ergeben.

Aus dem Parteileben

Einweihung des Volkshauses Dresden-Ost

Sonntag den 11. Januar, vormittags 10 Uhr, findet als feierliche Feier die Einweihung, Eröffnung und Übergabe des Volkshauses Dresden-Ost (Striefen, Schandauer Straße) statt. Es werden registrierte, musikalische und gesungene Darbietungen von besten Kräften geboten. Die Ortsgruppen des Unterbezirks Groß-Dresden werden ersucht, zu dieser Feier eine Vertretung zu entsenden. Der Eintritt ist frei, zur Deckung der Kosten werden gebrauchte Vorzugsfolgen verkauft. Soweit Platz vorhanden ist, können selbstverständlich auch Parteigenossen und -genossen an der Feierlichkeit teilnehmen. Nachmittags im gleichen Lokal geführte Beisammenkünfte mit anschließendem Tanz.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, Groß-Dresden. Freitag Hauptversammlung: 1. Berichte (Jahresbericht, Kassenbericht, Bericht des Mitgliederrats), 2. Wahlen, 3. Bericht des Genossen Wedel. Die Sitzung beginnt pünktlich 4 1/2 Uhr in der Melandierstraße. Abends 8 1/2 Uhr Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses, Sachsen.

Gruppe Altstadt 2. Freitag, 7 1/2 Uhr, im Kowals Restaurant, Köhnerstraße 85, Mitgliederversammlung, Vortrag des Genossen Regemann über Partei und Gewerkschaften. Vorstandsbereich, Allgemeines, Aktuelles und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Gruppe Altstadt 3. Freitag den 9. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Goldby Restaurant, Matzoldenstraße 40, wichtige Kassen- und Parteiführer-Sitzung. Die Genossen werden gebeten, recht pünktlich zu erscheinen.

Gruppe Altstadt 4. Freitag den 9. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant „Ecke“, Köhnerstraße 85, Gruppenversammlung, Bericht vom Sternkurs, Referent: Genosse Wernig, Vorstandsbereich.

Gruppe Altstadt 6. Freitag den 11. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Dachs Restaurant, Ostbahnhofstraße, Ecke Frankfurterstraße, Tagesordnung: Vortrag des Genossen Diplomingenieur Uhlmann über faktuelle Tagesfragen und ihre politischen Auswirkungen, Parteiangelegenheiten. Erscheinen aller unbedingt wichtig.

Gruppe Altstadt 8. Freitag den 9. Januar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant „Ecke“, Köhnerstraße 85, Vortrag des Genossen Frey über: 1. Vorträge des Genossen Frey und über Wiener Kommunalpolitik, 2. Berichte und Verschiedenes. In dem hochinteressanten Vortrag wird zahlreicher Besuch erwartet. Gäste willkommen.

Gruppe Neustadt 1. Freitag abends 8 Uhr im Schöbers Restaurant, Meyer Straße, Gruppenversammlung, Vortrag der Genossen Rosa über: Die Frau im Stadtparlament. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht.

Gruppe Neustadt 2. Freitag den 9. Januar, abends 8 Uhr, im Wälfischen Garten Gruppen-Sitzung, 1. a. Vortrag des Genossen Meyer über: Klassenkampf und Klassenbildung, Genossinnen und Genossen, sorgt für guten Besuch der Versammlung.

Gruppe Neustadt 5. Freitag abends 8 Uhr im Restaurant „Ecke“, Köhnerstraße 85, Mitgliederversammlung, wichtige Gruppenversammlung.

Gruppe Neustadt 6. Freitag abends 8 Uhr, im Restaurant „Ecke“, Köhnerstraße 85, Mitgliederversammlung, Genosse Landtagsabgeordneter Wedel spricht über die allgemeine politische Lage. Zahlreiches Erscheinen der Genossen und Genossinnen ist erwünscht.

Gruppe Striesen 3. Alle Mitglieder heute, abends 7 1/2 Uhr, zur Versammlung im Volkshaus Dresden-Ost. Des Weiteren wird darauf aufmerksam gemacht, daß sich alle Genossinnen und Genossen Sonntag den 11. Januar an der Einweihung des Volkshauses Dresden-Ost beteiligen. Veranstaltungsmittglieder, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Lustigengarten Sitzung.

Gruppenverband Striesen. Als Ausweis zur heutigen Mitgliederversammlung gilt das Mitgliedsbuch. Ohne Ausweis kein Zutritt.

Um die Kölner Zone.



„Mensch, vermassel mir nicht das Gesicht, bleib hier!“

Gruppe Falkenw. Freitag den 9. Januar, abends 8 Uhr, im Anker Mitgliederversammlung, Genosse Lehner J. u. a. er spricht über: Weisigkeit — Wahrheit. Es wird erwartet, daß die Gruppenmitglieder recht zahlreich erscheinen.

Gruppe Genua. Freitag, Reich, Preuß. Freitag, 9. Januar, 7 1/2 Uhr, Verwaltungssitzung bei Hansbold.

Gruppe Doherty. Gruppenabend verschoben auf 23. Januar (Freitag), Sonntag folgen. Nicht 10. Januar nach Striefen! 11. Januar: Weisheit. Mitteilung folgt nach.

Gruppe Wälfisch. Freitag, abends 8 Uhr, im Wälfischen Restaurant, Ecke Köhner- und Frankfurterstraße, Mitgliederversammlung, 1. Vortrag des Genossen Sammer über: Die Tätigkeit der Stadtverordnetenversammlung 1924. 2. Wälfischer Vorstandsbereich.

Bezirk Trachenberge. Freitag den 9. Januar, abends 8 Uhr, im Vergnügungsbereich Mitgliederversammlung, Vorstandsbereich.

Gruppe Wälfisch, Lebnig, Trachau, Raditz. Freitag, abends 8 Uhr, im Goldenen Wälfisch, Trachau, Mitgliederversammlung, Referent: Gewerkschaftsangehöriger Genosse Arndt. Thema wird in der Versammlung bekanntgegeben. Besondere Angelegenheiten, Mitgliedsbuch legitimiert.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Untergruppe Striefen 4. Donnerstag den 8. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus Dresden-Ost Versammlung. Da wichtige geschäftliche Angelegenheiten zu erledigen sind, ist vollständiges Erscheinen unbedingt erforderlich.

Untergruppe 5, Blawitz. Sonnabend den 10. Januar, abends 8 Uhr, im Kempes Restaurant (Vereinssaal) Tolkewitzer Str. 18, Versammlung. Da die Tagesordnung eine Ergänzung bedingt, ist die Anwesenheit eines jeden Kameraden Pflicht. Jeder Republikaner hat Zutritt.

Wie die Frauen wählen

Gemeinsam mit der Wahl zum Reichstag am 7. Dezember vorigen Jahres fand in Bremen an die 2000 der Wälfischen, des Landesparlamentes, statt. In Bremen sind 1000 die Wälfischen und die Frauenstimmen für die Bürgerwahl getrennt gezählt. Wie überall, so waren auch hier die weiblichen Wahlberechtigten gegenüber den männlichen in der Mehrzahl. Es wurde folgendes Ergebnis ermittelt:

	Männer	Frauen
Sozialdemokraten	29 402	27 418
Deutschnationale	6 827	9 516
Jantrium	1 481	2 181
Kommunisten	8 881	6 045
Deutsche Volkspartei	12 184	16 672
Nationalsozialisten	3 470	3 267
Demokraten	8 808	9 916
Hausbesitzer	9 938	6 822
Vobentorformer	1 022	975
Zusammen:	77 648	82 256
Ungefähr:	888	880

Der Freiburger Blutsonntag vor Gericht

Freiburg, 8. Januar. Im Freiburger „Aufbruch- und Landfriedensbruch-Prozess“ wurde heute mittags kurz nach 2 Uhr das Urteil gefällt. Von den 7 Angeklagten wurde gegen 2 das Verbot erlassen, 2 wurden freigesprochen, 2 erhielten 6 und 1 7 Monate Gefängnis. Die mit Gefängnisstrafen bedachten erhielten je 6 Monate Bewährungsfrist. Die Beurteilungen werden voraussichtlich Berufung einlegen.

34 Menschen haben an dem tragischen 27. Oktober 1923 ihr Leben lassen müssen; eine Anzahl Arbeiter hat wegen der Vorgänge am Freiburger Postplatz längere Gefängnisstrafen auf sich nehmen müssen, und noch immer entwickeln sich neue Prozesse, die weitere Opfer erheischen! Und der Prozess, auf den die Freiburger Bevölkerung seit Monaten wartet und der sich gegen die damals schwebende Reichswehr richten soll, schlingert weiter den Schlaf des Angeredeten! Das versteht, was kann!

So begann, wie bereits kurz berichtet, am Montag vor dem Freiburger Gemeinamen Schöffengericht die Verhandlung gegen 7 Arbeiter, die des Aufruhrs und Landfriedensbruchs angeklagt waren. Alle sieben sind von der Reichswehr angeklagt worden, und bei keinem dürfte der Nachweis erbracht werden können, und er ist auch in der Beweisaufnahme nicht erbracht worden, daß er sich in irgendeiner Weise an den Tötungsaktionen gegen die Reichswehr oder an den Zusammenrottungen beteiligt hat. Ja, warum kommt dann die Staatsanwaltschaft zu dieser ungeschwerlichen Anklage? Einige der jetzt Angeklagten haben sich bereits vor Monaten freiwillig als Zeugen dafür gemeldet, daß die Reichswehrsoldaten beseitigt, gehandelt und ohne zwingenden Grund von der Schutztruppe Gebrauch gemacht haben. Die Staatsanwaltschaft scheint nun so zu argumentieren: Wer so nahe am Reichswehr war, muß auch ein Verbrechen begangen haben, und wer ein Verbrechen begangen hat, muß als Mittäter in Frage kommen; denn schließlich hat sich der Staatsanwalt einfach Zeugen herausgeholt und sie unter Anklage gestellt! Wenn diese Auffassung Grund und Boden haben sollte, dann wird der Blutsonntag noch einige Dutzend Aufbruchverweigerer gefahren. Die Wahrheit aber wird nicht gefunden werden, sie wird nicht gefunden werden können, weil ja jeder Zeuge damit rechnen muß, angeklagt und eingekerkert zu werden!

Bei der Vernehmung der Angeklagten hat nicht ein einziger die direkte oder indirekte Beteiligung an den Vorgängen zugegeben. Nur die Beweisaufnahme hat nicht einen der Angeklagten belastet! Die Zeugen, vorwiegend ehemalige oder noch Angehörige der Reichswehr, schützten im großen und ganzen übereinstimmend, daß sie sich in der Notwehr befunden hätten. Es seien allerlei Schimpfwörter gefallen; schließlich sei die Menge infolge zum Angriff übergegangen, als sie die Truppe mit Steinen bombardiert hätte.

Auffallend und überaus bedenklich ist die Tatsache, daß sich unter den ehemaligen Reichswehrangehörigen eine Reihe Kameraden befand, die jetzt auf der Gewerkschaften Seite studieren und allem Anschein nach auch bereits früher dort waren! Zum Nachdruck sind es dann noch meist ganz junge Leute (19- bis 20jährig). Vielen Leuten ein scharfeschädeliges Gemüt angubert worden und so die Entscheidung über Menschenjagd in ihre Hände zu legen, was mehr als ein Wagnis.

Der Hauptzeuge, Feldwebel Häfken, gab an, daß er keinen Feindbefehl gegeben habe! Die Schießerei sei ohne sein Zutun gekommen. Dieser durchaus glaubhafte Zeuge bestätigt damit unter oben geäußerte Auffassung, daß die Reichswehrsoldaten schienen wollten oder aber zu werden!

Andererseits muß natürlich auch zugestanden werden, daß die Menge alles andre als besonnen war. Wäre sie besonnen gewesen, dann hätte sie eben den Platz geräumt. Sie wäre aber schon dann genötigt worden, wenn die Reichswehr erkmelte eine Warnungsalbe abgegeben hätte.

Aus aller Welt

Spirt-Weber endlich verhaftet. Kurz nachdem in Hohenelbe Heinrich Weber, der Bruder des Hofrichters verstorbenen Spiritusfabrikanten Hermann Weber, selbigen genommen wurde, gelang es, Hermann Weber selbst in Prag zu verhaften. Die Prager Polizei, die den Aufenthaltsort Webers ermittelt hatte und ihn in Haft beschloß, verhandelte sofort Kriminalkommissar Bortner, der in Prag eintraf und die Auslieferung Webers nachsuchte.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Dresden

Märchenabend. Freitag den 9. Januar, abends 7 1/2 Uhr (Einlaß 6 1/2 Uhr), findet im Künstlerhaus, Albrechtstraße 6, unser Märchenabend statt. Die Märchen, erzählt von Hel. Busch, werden von Darbietungen unserer Volksgemeinschaft umrahmt. Karten für Erwachsene und jugendliche Verdienster zu 80 Pf., für jugendliche Mitglieder zu 40 Pf. sind an der Kasse zu haben.

Gruppe Striefen-Ost. Freitag den 9. Januar Gruppenabend im alten Jugendheim. Heute Mittwoch Verwaltungssitzung beim Genossen Lohse.

Gruppe Altstadt-West. Freitag den 9. Januar Gruppenabend in der Volkshaus, Ammonstraße.

Gruppe Genua. Donnerstag fällt der Gruppenabend aus. Freitag Treffen um 8 Uhr am Rathaus zur zentralen Versammlung im Künstlerhaus. Sonnabend Jahreshauptversammlung im Goldenen Anker, Klopffstraße 44.

Der Dresdner Drache. Inhalt des neuen Hefts (Nr. 14): Hans Walter: Dämonen im Hochgebirge — Drachen: Die Sensation der Dresdner Neuesten Nachrichten — Karl Otten: Politische in der Geschichte — Was die Karten finden — Reimann: Winnetou — Dresdner Theaterneubau usw. usw. Einzelheft 40 Pf., Vierteljahrsabonnement franko 1.50 M. Zu haben in allen Buch- und Zeitschriftenhandlungen, Zeitungsgeschäften, bei Straßenhändlern und direkt beim Dresdner Verlag „Der Drache“, Wettinerstraße 47.

Das unter der Firma Striefen-Druckerei (vormals Helms) bekannte Heft „Der Drache“ für 1925, herausgegeben von Helms, ist in die Hände der Arbeiterbewegung übergeben worden und wird von deren Zentrale (Firma Kroll) bei der nächsten Ausgabe des Heftes, im alten Sinne weitergeführt. Es sei noch besonders darauf hingewiesen, daß die Sozialistische Arbeiterjugend der Arbeiter der betreffenden Vereine auf die Ausgabe des Heftes besonders aufmerksam machen und die Arbeiter der betreffenden Vereine auf die Ausgabe des Heftes aufmerksam machen und die Arbeiter der betreffenden Vereine auf die Ausgabe des Heftes aufmerksam machen.

Der italienische Gewerkschaftskongress

Über den Verlauf des italienischen Gewerkschaftskongresses werden dem Soziarbeits folgende interessante Einzelheiten aus Rom mitgeteilt:

Am Dezember hat bekanntlich in Mailand der erste Kongress des italienischen Gewerkschaftsbundes stattgefunden, der der politischen Verhältnisse wegen seit dem Jahre 1921 nicht mehr hat zusammengetreten können. Der Kongress hat zwei Tagesordnungen in sehr deutlicher Sicht gestellt: einmal die Lebenskraft der italienischen Gewerkschaftsbewegung, trotz allen Verfolgungsversuchen der faschistischen Bewegung, und dann den sehr entscheidenden Willen der Massen, ihre Zukunft und ihre Bewegung nicht dem kommunistischen Terrorismus und dem Kossauer Wanderglauben anzuvertrauen. Diese letzte Tatsache ist um so bedeutungsvoller, als in der Regel Zeiten extremer Reaktion auch von proletarischer Seite extreme Abwehrbewegungen auszulösen pflegen.

In Mailand waren 31 Zentralverbände und 19 Arbeiterkammern durch mehr als 100 Delegierte vertreten. Auch das Ausland hatte der italienischen Gewerkschaftsbewegung seine Solidarität bewiesen. Als Delegierter der spanischer Gewerkschaftsinternationale war Genosse Saffendach zugegen, weiter Vertreter des A. D. V., der spanisch-sowjetischen Gewerkschaften, der Schweizer, belgischen und französischen Gewerkschaftszentralen. Dieser Sozialistische Solidarität wurde von der faschistisch-freundlichen Presse mit der melancholischen Bemerkung ausgedrückt, daß dem Kongress der faschistischen Korporationen jede internationale Sympathiebereizung gefehlt hat.

Der Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees war natürlich scharfen Angriffen der maximalistischen und kommunistischen Delegierten ausgesetzt, die den alten Preis der nach ihrer Ansicht „verpöhten Revolution“ wieder aufwarnten. Natürlich wurde es dem Generalsekretär D'Azegonia zum bitteren Vorwurf gemacht, daß er seinerzeit eine Unterredung mit Mussolini gehabt hätte. D'Azegonia führte aus, daß ihm bei dieser Gelegenheit der Ministerpräsident das Angebot gemacht hätte, das Ministerium für Volkswirtschaft zu übernehmen und eine Verschmelzung der faschistischen Korporationen und der Gewerkschaften ins Werk zu setzen. Das war zu der Zeit, als Mussolini versuchte, sich nach links zu wenden, um sein Machtwort zu festigen. Der Generalsekretär erklärte Mussolini, daß Verhandlungen zwischen dem Gewerkschaftsbund und der Regierung überhaupt nur in einem Regime der Freiheit, nicht in dem der Verdunkelung möglich wären, und lehnte die vorgeschlagene Verschmelzung ab. Die zweite Zusammenkunft fand statt, um vom Ministerpräsidenten Versprechungen wegen des geplanten Ansehens für die Gewerkschaften zu erhalten; Mussolini versprach in der Tat, die Regierungskontrolle über die Finanzabrechnung auf die Gewerkschaften zu beschränken, was für nicht hinderliche, wenige Wochen später das Ansehensgesetz gerade für die Gewerkschaften zu erlassen.

Die Ablehnung der anarchoföhen und kommunistischen Methoden im gewerkschaftlichen Kampfe kommt auch in der Reform des Statuts zum Ausdruck, die mit 146.000 gegen insgesamt 122.000 Stimmen angenommen wurde. Die Arbeitskammern (die übliche Funktionen haben wie in Deutschland die Ortsvereine) sind von jeher eher den politischen Schwankungen des Augenblicks gefolgt und haben oft, im Gegensatz zu den Zentralverbänden, eine halbsozialistische Taktik eingeschlagen, weil bei ihnen mehr die lokalen Elemente den Ausschlag geben. Das neue Statut grenzt die Funktionen beider Organisationen scharfer ab als dies bisher geschehen war. Der Zentralverband hat alle Bewegungen für Kollektivverträge und im allgemeinen die Lohnkämpfe zu leiten; es ist aber seine Pflicht, sich wegen größerer Bewegungen mit der Konföderation ins Einvernehmen zu setzen. Bei Streiks wirkt die Arbeitskammer nur auf Aufforderung des betreffenden Zentralverbandes mit. Streiks wegen kann sie, wie bisher, selbst die

Initiative zu Lohnkämpfen ergreifen. Sie liegt das ganze Risiko ob, Rechtsbehelfen, ärztliche Beratung, Wohnungssuche, Bildungsreisen fallen in ihren Bereich. Das Statut verweigert ausdrücklich jenen Arbeitskammern den Beistand, die nur nominell bestehen, weil sie Mitglieder und einen Sekretär haben, die aber keinerlei Funktion ausüben.

Der dem Kongress vorgelegte Rechenschaftsbericht enthält keine Angaben über den Zahlenbestand der verschiedenen Organisationen und über seine Schwankungen in den letzten vier Jahren. Dies erklärt sich aus der periodischen Zerstückelung der Bänder und Archive, die zu den Gefährlichkeiten des heutigen Regimes gehört. Nummerhin gibt uns die Zahl der Delegierten auf dem Kongress Anhaltspunkte über den heutigen Organisationsbestand. 35.000 Mitglieder des Zentralverbandes und je 7000 einer Arbeiterkammer geben Recht auf einen Delegierten. Die Buchdrucker hatten 8, die Metallarbeiter und Bauarbeiter je 6, die Landarbeiter 5, die Papierindustrie 4, die Textilarbeiter und Krautbinder je 3. Von den Arbeiterkammern ist am zahlreichsten die Mailänder mit 9 Delegierten. Es ist interessant, daß die Landarbeiter ihre zahlenmäßig führende Stellung verloren haben und auf ein Zwanzigstel ihres Bestandes zusammengedrückt sind. Der Reichsverband hat als Vertreter der Landarbeitergewerkschaften seine Laufbahn begonnen und wird dieser Funktion, wie das Manifest von Vercelli zeigt, bis zum Ende treu bleiben. Tagungen haben die Bundesräte, als ausschließlich faschistische Gewerbe, die geringsten Verluste gehabt, obwohl auch sie Teile zu beklagen haben und viele ihrer Verbandshäuser zerstört wurden.

Der Wiederaufbau nach den Folgen der Verunsicherung und des Terrors wird langsam und mühevoll sein. Aber das neue Gebäude wird kommenden Stürmen besser standhalten.

Gewerkschaftsbewegung

Der Gewerkschaftsfunktionär

Das Wiederaufleben der Gewerkschaften nach der Inflation weist auch dem „Reinen“ Gewerkschaftsfunktionär, dem „Vertreter“ aus, die Aufgaben in verstärktem Maße zu, die er bisher in den Gewerkschaften hatte. Wie in der Partei, so ist auch in den Gewerkschaften der Vertrauensmann nicht nur das Bindeglied zwischen Führerschaft und Mitgliedermasse, sondern der Grundstock, die „Zelle“ jeder Verbandstätigkeit schlechthin. Bei der Agitationsarbeit geht wohl die Initiative von der Organisationsleitung aus, die das Material liefert; die Verwertung der Anregungen, die Umarmung der Anweisungen in die Gebrauchsförmigkeit ist Sache des Vertrauensmannes. Nicht immer ist der der beste Agitator bei der Mitgliederwerbung, aber in der Versammlung die gelungene Rede hält. Der stille, unscheinbare, aber unentwegte Vertrauensmann ist Pflichtenführer und Schiedsmann zugleich. In der Werkstatt, im Bureau, auf dem Bau und im Geschäft steht er in inniger persönlicher Verbindung mit den Unorganisierten wie auch mit „Reinen“ Mitgliedern. Im kollegial-familiären Gespräch mit den Nachbarn macht er diese auf die Vorteile der Organisationszugehörigkeit aufmerksam. Ich und unbedeutendster Mitarbeiter ist die Stimme der Zweifel; mit Ausdauer und Selbstständigkeit vertritt er die kleinen Verwaltungsarbeiten für die Organisationen. Er ist der erfahrene Vertreter der Arbeitgenossen: im Kleinbetrieb ist er der alleinige Wortführer bei allen Verhandlungen mit dem Chef, im Mittel- und Großbetrieb stellt er den Repräsentanten des Verbandes in der Werkabteilung dar.

Der Vertrauensmann hat nicht nur das Vertrauen seiner Kollegen, sondern auch der Geschäftsleitung des Verbandes. Ihm ist die Organisationszugehörigkeit und das Wirken für die Organisation zur zweiten Natur geworden. Jeder Verfolgung nach wirtschaftlicher Benachteiligung durch Vorgesetzte und Unternehmer schreitet ihn ab. Er wechelt die Arbeitshölle und ist wieder Funktionär. Im neuen Beruf, in der fremden Stadt und der neuen Heimat arbeitet er wieder für die Organisation. Jetzt,

Woh, Familienleben opfert der Vertrauensmann für die „geringen“ Arbeiten im Verband. Ohne Hoffnung auf Dank und Anerkennung ist er der Gefährte seiner Korporation, der es in den seltensten Fällen zum Unteroffizier oder noch höher Georgierten bringt.

Einfach, selbstlos und bescheiden, doch voll Energie und Kraft, da, wo Unverständnis oder brutale Unterdrückung den Grund für das Organisationsgebäude zertrümmert hat, waltet der Vertrauensmann seines Amtes. Unbekannt schaffte er bisher sein Brot im folgen Bau der Gewerkschaften; so wird der Vertrauensmann auch in Zukunft seine Arbeit leisten: ein Bisheriger der Arbeit und ihrer endlichen Befreiung von den Fesseln der Ausbeutung.

Das Besoldungsrecht

Die Epigenorganisationen der Beamten (Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Deutscher Beamtenbund, Gesamtverband der Staatsangehörigen und Gewerkschaftsring) sowie eine Vertretung der Angestellten haben am Montag gemeinsam zur Besoldungsfrage Stellung genommen. Die genannten Organisationen einigten sich auf eine Eingabe an den Reichstag und alle anderen in Betracht kommenden Instanzen, die noch im Laufe der Woche eingereicht werden wird. Die Eingabe fordert, daß die katastrophale Besoldungsform von November und Dezember vorigen Jahres abgeändert und daß seit Juni 1924 bestehende Besoldungsrechte nicht beeinträchtigt werden.

In den Reihen der Beamtenchaft ist man sehr gespannt darauf, welchen Eindruck die Eingabe auf die Instanzen des Reichstages machen wird. Diese Spannung ist ein Zeichen dafür, daß die Beamtenchaft und vor allem die unteren und mittleren Beamten, die ein für eine menschenwürdige Existenz hinreichendes Einkommen fordern, den Wahlverpflichtungen der bürgerlichen Parteien sehr skeptisch gegenübersehen.

Wagung, Heizungsmonteur!

Der am 31. Dezember 1924 vom Schlichtungsausschuß in Dresden gefällte Schlichtungsbescheid, der vorsah, daß die bisher geltenden Lohnsätze auch für den Monat Januar weiter in Geltung bleiben, ist in einer am 3. Januar 1925 stattgefundenen Branderversammlung abgelehnt worden. Wir befinden uns in einer tariflosen Zeit, soweit das Lohnabkommen in Frage kommt. Eine erneute Verhandlung, die sich mit den weiteren Maßnahmen beschließt, findet Sonntag den 11. Januar, vorm. 10 Uhr, in den Annenstädten (kleiner Saal), Rischholplatz, statt. Wir machen schon heute darauf aufmerksam, weil in dieser Versammlung eine wichtige Entscheidung gefällt wird. Alle organisierten Heizungsmonteur, Gas- und Wasserleitungsinstallateure sowie Helfer werden ganz besonders auf diese Versammlung aufmerksam gemacht.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Die Ortsverwaltung.

Die Organisationen der Unternehmer. Von Dr. Otto Suhr. 47 S. Preis 1,80 M. Verlag Zentralverband der Angestellten. Berlin 80. Die Organisationswelt der Unternehmer ist nicht nur den meisten Arbeitern, sondern selbst den meisten Funktionären eine unbekannte Welt. Und doch ist es so überaus wichtig, zu wissen, wo die Kraftquellen des wirtschaftlichen Gegners liegen und wie sich dessen organisatorisches Organisationsgefüge zusammensetzt. Denn wer im sozialen Kampf mit Erfolg kämpfen will, muß die Position seines Gegners genau kennen. Die vorliegende kleine Schrift gibt einen vorzüglichen Einblick in das komplizierte und engmaschige Gewebe der Organisationen der Unternehmer. Eine sehr brauchbare Schrift, die den Gewerkschaftsfunktionären sehr zu empfehlen ist.

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Preis pro Heft 1,20 M. Verlag, Gewerkschafts-Archiv, Jena. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. Probenummern direkt vom Verlag. Es liegt Heft 1 des 2. Jahrgangs vor. Die Monatshefte sind von der gesamten Gewerkschaftswelt geschätzt und anerkannt und gehört in die Hand aller Vorstände und Funktionäre.

Jugendsekretär gesucht.
Für den Bezirk Ostthüringen des Verbandes der sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands wird ein
Jugendsekretär gesucht.
Die Bewerberinnen, die einen Lebenslauf und Angaben über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterjugendbewegung enthalten müssen, sind bis 15. Januar an das Jugendsekretariat Dresden-W., Kleine Blauenische Straße 49, einzureichen. Derzeit wird eine erste Stelle mit der Jugendbewegung vertraut ist und Erhebungen im Organisationsleben und vornehmlich Schulungsbereich.
Der Antrag der Stellung muß spätestens am 1. Februar 1925 erfolgen.
Bezirksvorstand Ostthüringen.

Telefon 25881
Der
Öffentliche Arbeitsnachweis
Dresden u. Umg.
sucht: **empfiehlt:**
Erstklass. Buchdruckmaschinen; Buchhalter; Korrespondenten (auch fremdsprachliche);
Direktoren für Blumenfabrik (auswärts); Mechaniker für Photo, Kino und Schreibe;
Vorarbeiterinnen aus der Metallbranche; Eisen- und Werkzeugmacher; Seifenmacher für Sab. Niesel, Kalt- und Maschinenseifen;
Maschinenarbeiterinnen für Weberei; Bau- und Metallarbeiter; Holzbildhauer;
Bauarbeiter für die Eisenwaren-Industrie; Federanfertiger für Schuhfabr.;
Elektromonteur; Werk. Hartmetallarbeiterinnen;
Schuhmacher- Arbeiterinnen; Gantierinnen;
Obstschneidmaschinen.
Unentgeltliche Vermittlung in 40 Fachabteilungen.
Marsstraße 17; Hauptstr. 5; Anhaltstr. 12; Hauptstr. 17; Hauptstr. 5; Hauptstr. 12; Hauptstr. 17.
Schutzgasse 2; Vertriebsvermittlung

Erste, altbekannte Weinbrennerei u. Likörfabrik (Markenartikel) sowie Apfelweinkelerei hat ihre Generalvertretung für den Regierungsbezirk Dresden u. Bautzen neu zu vergeben u. sucht einen in den ersten Feinkost- und Kolonialwarengeschäften, Einkaufsvereinigungen, Drogerien und Apotheken bestens eingeführten und tüchtigen Herrn.
Ausführliche Bewerbungsschreiben nebst Lichtbild, das umgehend zurückgeschickt wird, sowie Aufgabe von Referenzen erbeten unter **F. O. 7** an die Expedition dieses Blattes.
11447

Gelegene Nummern verwende man zur Agitation

Größe
Spritz - Lackiererinnen
stellt ein 100191
Ica, A.-G., Schandauer Str. 76.

lernende Verkäuferin
von einem Erdwaren- Spezialhaus gesucht.
Schöne, freundliche, fleißige, unter A. 807 an Al.-Dankenstein & Partner, Dresden, 1925

Perfekte Näherin
für Babynähen, Damen-, Herren- u. Kinderkleidung, auch für die Industrie.
St. u. W. 505 an Al.-Dankenstein & Partner, Dresden.

Heimarbeit
Schrift mit Vorkursen zu dauernder Beschäftigung gesucht.
St. u. W. 505 an Al.-Dankenstein & Partner, Dresden.

Märchen von Robert Gröblich
Zauberer Burusu
Preis: 1.- Mark.
Muz der Riese
Preis: 1.50 Mark.
Für Kinder spannende Märchen
Für Erwachsene soziale Erzählungen
Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10



Die Bücher Eduard Bernsteins:
Wie eine Revolution zugrunde ging 0,45 Mark
Lassalle und der Sozialismus 0,75 Mark
Voraussetzungen des Sozialismus 2,00 Mark
Sozialismus und Demokratie 3,00 Mark
Wirtschaftswesen und Wirtschaftswesen 0,50 Mark
Der Sozialismus einst und jetzt 2,00 Mark
Ferdinand Lassalle 10,00 Mark
Berliner Arbeiterbewegung 1890-1905 7,00 Mark
Zu beziehen durch:
Die Volksbuchhandlung und ihre Filialen.

Jeder Kenner bevorzugt die allerfeinste
Tafelbutter
Gez. Marke
Milchulli
Obige Marke garantiert für absolute Reinheit!
In allen einschlägigen Geschäften und Verteilungsstellen der Konsumvereine zu haben
Grunauer Str. 31 Georg Münch, Raffer-Import
Telephon 25 741 • 21 736 • 21 777 • 22 736

Postkarten mit Photographie
Schon von 4 Stück an
Photographie
R. Jählig, nur
Marken- 12
Somit 11-4. Wege 8-4

Hast Du Husten
geh zu
Hering
nimmt
Sanussa!

Welche Kragen
von 35 an
10/284
G. B. Nicolai, Frankfurt a. M.
(gegenüber Hauptbahnhof)

Sport • Spiel • Körperpflege

Bogen

Ihr müßt entschuldigen, liebe Bogensportler, wenn ich heute wieder etwas von Bogen dringe. Ich glaube, daß ich nach...

Obwohl die Bogen in der Schule eingeführt werden soll, im Verein...

Es wäre notwendig, wenn über die körperliche Erziehung der Schulfugend...

Das Blatt schreibt dann weiter: Das Bogen ist ein toller Sport...

Welche niedrige Anstufung in den Schulbüchern und Berichten...

Ein Tag der Deutschen

Die Stimmung des vollen Saales war blendend, der Verlauf des Abends noch blendender...

Trotzdem der Funktionär des Verbandes gestern keinen Empfang...

Die „Sportwörterbücher“ verstehen nach diesem Kampf in Mengen...

Einer der Engländer, die alle übrigen kaum wie Inselbewohner...

Die Weichheit des deutschen Boxsports aber dürfte um ihren höchsten Kampf...

Einen grausigen, einen heroischen, einen fagenhaften Kampf führte der frühere...

So weit der „Sport“bericht, höher geht es nimmer. Die Körperbildende Arbeit...

Kolleg, wenn du noch eine Prüfungsberichtigung hast, dann schreibe ein.

Arbeiter-Kämpfer!

Ende Juli 1923 wird die erste Arbeiter-Linienstraße abgehalten. Dieses Treffen soll vor allen Dingen den Versuch...

12. Januar: Ringen in folgenden Klassen: Pantanogewicht bis 116...

15. Januar: Bogen, Fliegengewicht bis 100, Pantanogewicht bis 106...

22. Januar: Fechten, Klassenverteilung wie beim Ringen. Die Übungen sind...

Bezirk Dresden, 18. Januar: Mannschaftsschießen um die Besondere...

Kraftsportverein Sandau, 10. Januar, 7 Uhr, Generalversammlung...

Arbeiter-Turn- und Sportklub, Bezirk Dresden, Kursus für Männerturnen...

Arbeiter-Turn- und Sportklub, Bezirk Flauenhäger Grund, Gruppenunterricht...

Fußballsport, D. S. V. (alte Herren) - Köhlerstraße (alte Herren)...

7 Uhr, Generalversammlung in der Hofschänke, anschließend gefelliges Beisammensein.

Table with 5 columns: Vereine, Spiele, Gew., unents., verl., Punkte, Tore. Lists various clubs and their performance.

Am kommenden Sonntag werden wieder einmal fast alle Mannschaften der 1. Klasse im Kampfe stehen...

Arbeiter-Radsport, Cojmannsdorf, 10. Januar, abends 8 Uhr, Versammlung...

Arbeiter-Kämpfer-Club, Kraftsportverein Seltionia, 9. Januar, abends 8 Uhr...

Arbeiter-Gambriner-Kolonie Dresden, 7. Januar, abends 7 1/2 Uhr...

Deutscher Arbeiter-Mandolinistenbund, Logengruppe Dresden, 9. Januar...

Neue Sprungschangen, Eine schöne Sprungschange hat nun auch der Winterportverein...

Sächsischer Arbeiter-Sport, illustrierte Wochenzeitung der sächsischen Arbeiter-Sportler...

Ein neues Weibstuchsystem, Ein österreichisch-schweizerischer Konstruktor...

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blaубand“ das farbige illust. Familienblatt...

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blaубand“ das farbige illust. Familienblatt...

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blaубand“ das farbige illust. Familienblatt...

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blaубand“ das farbige illust. Familienblatt...

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blaубand“ das farbige illust. Familienblatt...

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blaубand“ das farbige illust. Familienblatt...

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blaубand“ das farbige illust. Familienblatt...

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blaубand“ das farbige illust. Familienblatt...

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blaубand“ das farbige illust. Familienblatt...

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blaубand“ das farbige illust. Familienblatt...

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blaубand“ das farbige illust. Familienblatt...

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blaубand“ das farbige illust. Familienblatt...

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blaубand“ das farbige illust. Familienblatt...

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blaубand“ das farbige illust. Familienblatt...

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blaубand“ das farbige illust. Familienblatt...

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blaубand“ das farbige illust. Familienblatt...

Advertisement for 'Der Neue-Welt-Kalender 1925' with price 60 Pfennig and publisher Volksbuchhandlung.

Advertisement for 'Schwan im Blaубand' margarine, featuring an image of a man eating and a product box.

Advertisement for 'Seeffische! Dresdner Fischhallen u. G. Webergasse 17 Ecke Quergasse' with contact information.

Aus dem Wirtschaftsleben

Das Ende des Jahres hat eine Verschärfung der nach oben gerichteten Preisbewegung gebracht. Der für 100 Waren berechnete Großhandelsindex der Frankfurter Zeitung stellte sich für den 31. Dezember auf 145,00 gegen 143,50 am 15. Dezember 1924, und zwar ist fast in allen Gruppen eine Steigerung der Warenpreise eingetreten. Die gegenwärtige Preissteigerung hängt fast mit der Aufwärtsbewegung der Preise auf dem Weltmarkt zusammen. Ein von der Frankfurter Zeitung für 10 Auslandswaren berechneter Index stellt sich auf 130,38 gegen 124,41 am 4. Dezember, während bei 10 Inlandswaren der Index am 31. Dezember 1924 gegen 133,89 am 4. Dezember beträgt. Der von der Frankfurter Zeitung für 20 Waren des New Yorker bzw. Chicagoer Marktes berechnete Index stellt sich auf 172,2 gegen 162,5 am 4. Dezember. Insbesondere

die Getreidepreise

in letzter Zeit wieder gestiegen. In Nordamerika nimmt man an, daß der Bedarf Europas in den nächsten Monaten außerordentlich groß sein wird, und darauf ist zum guten Teil das Emporsteigen der Getreidepreise zurückzuführen. In Deutschland hatten die Getreidepreise ihren höchsten Stand am 24. Juni 1924 erreicht. Weizen wurde an diesem Tage in Berlin mit 198 bis 199 M. gehandelt. Mitte Dezember, am 17. Dezember, wurden für die Tonne Weizen in Berlin 223 bis 228 M. gezahlt und bis zum 5. Januar war der Weizenpreis auf 234 bis 240 M. gestiegen. Die Landwirte können also zur Zeit mit ihren Getreidepreisen sehr zufrieden sein. Die Entmahlung der Getreidepreise zeigt jedenfalls, welches Verbrechen es gegen das deutsche Volk wäre, wenn man die so hohen Getreidepreise durch hohe nach erhöhen wollte. Dabei ist zu bedenken, wie die Deutsche Tageszeitung feststellt, die deutschen Preise jetzt wieder unter Weltmarktpreise, und das agrarische Volk ist sehr ungeduldig darüber, daß die Einfuhr von Getreide verboten ist. „Uns“ würde sehr großer Schaden dadurch zugefügt, daß unsere Ausfuhr unterbunden sei, während auf dem Weltmarkt höhere Preise zu erzielen seien. Das Fehlen dieser Ausfuhr trägt nicht zum wenigsten zu den hohen Weltmarktpreisen bei. Es sei bei einer Freigabe der Ausfuhr nicht die Enttötung des Inlandmarktes von Getreide zu erwarten, sondern nur ein besseres Ausgleichen der Preise. Wenn nämlich durch die Freigabe der deutschen Ausfuhr die Weltmarktpreise verringert werden würden, so kann der Schaden, der den deutschen Agrariern aus dem Ausfuhrverbot erwächst, gar nicht so groß sein. Im übrigen haben wir nach den Erfahrungen des Sommers alle Veranlassung, das Getreideausfuhrverbot beizubehalten, denn damals ist deutsches Getreide verhältnismäßig billig nach dem Auslande verkauft worden und wir haben es teuer zurückkaufen müssen, ein glatter Verlust für die deutsche Volkswirtschaft. Auch die

Textilindustrie

Textilindustrie hat sich weiterhin auf einem verhältnismäßig hohen Preisniveau. Bei Wolle röhrt die Preissteigerung höher, weil Mangel herrscht, bei der Baumwolle bleiben aber, wie Senas Levi im Berliner Tageblatt berichtet, die Preise fest, abgesehen die Mengen, die zur Verfügung stehen, immer größer werden. In Amerika wurden im Durchschnitt der letzten 8 Jahre jährlich ungefähr 9,8 Millionen Ballen geerntet, in diesem Jahre kann man auf reichlich 14 Millionen Ballen rechnen, es sind also um 50 Prozent Baumwolle mehr zu erwarten, als im Durchschnitt der drei vorhergehenden Jahre. Es war allerdings höchste Zeit, daß eine solche Baumwollernte erzielt wurde, sonst hätte man vor einer Baumwollnot gestanden, weil die Vorräte aufgebraucht sind.

In den Geldmarkt

wurden, wie immer zu Weihnachten und am Schluß des Jahres, größere Anforderungen gestellt. Am Jahresluß waren aber die Anforderungen nicht so groß, wie man erwartete, und in den letzten Tagen floßen beträchtliche Summen wieder an die Banken zurück. Trotzdem leidet unser Wirtschaftsleben noch weiter unter der drückenden Geldknappheit, und die Veruche, aus dem Auslande Geld zu bekommen, dauern fort. Wie aus New York gemeldet wird, ist aber nur eine beschränkte Anzahl

amerikanisch-deutscher Kreditgeschäft

gemacht worden. Dabei bedient man sich gern der Vermittlung deutscher Banken, hat aber wenig Neigung, direkte Verbindungen mit der deutschen Industrie aufzunehmen. Das reguläre Geschäft zwischen den Banken läuft häufig in der Weise ab, daß deutschen Banken kurzfristiges Geld zur Verfügung gestellt wird. Der Gewinn, der dann bei der Ausleihung des Geldes erzielt wird, wird entweder geteilt oder dem amerikanischen Kreditgeber wird eine Mindestverzinsung garantiert und der überschüssige Betrag nach einem Schlüssel geteilt. Am leichtesten durchzuführen sind Kreditgeschäfte dann, wenn dem amerikanischen Bankier Papiere gegeben werden, die marktgängige Waren zur Grundlage haben. Waren, die sich auf dem Transport oder in Lagerhäusern befinden und die dann dem amerikanischen Bankier verpfändet werden müssen. Schwieriger sind kurzfristige Industriekredite. Nur ein bis zwei Tausend Bankiers haben Kredite an deutsche Industrieunternehmen weitvergeben. Langfristige Industriekredite sind nur in beschränktem Maße unterzubringen, solange der amerikanische Markt für deutsche Werte noch nicht wieder erschlossen ist, und die Möglichkeit der Unterbringung öffentlich-rechtlicher Anleihen ist noch gering. Man sieht aus diesen Mitteilungen, daß die Hoffnungen auf Unterstützung der deutschen Wirtschaft durch ausländische Kredite nicht so hoch gespannt werden dürfen. Die deutsche Wirtschaft wird eben bestehen müssen, aus eigener Kraft wieder in die Höhe zu kommen. Am wie viel schwächer unsere wirtschaftliche Stellung ist als vor dem Kriege, das zeigt z. B. auch

die Größe unserer Handelsflotte.

Die deutsche Handelsflotte verfügt heute über 2,8 Millionen Brutto-Registertonnen, das ist ungefähr die Hälfte unseres Friedensstandes, der sich 1914 auf 5,4 Millionen Brutto-Registertonnen belief. Bei Ausbruch des Weltkrieges betrug die Welttonnage etwa 40 Millionen Tonnen. Die deutsche Flotte machte damals etwa 11 Prozent der Welttonnage aus. Heute umfaßt die Welttonnage etwa 64 Millionen Tonnen, so daß die deutsche Handelsflotte nur noch 4,4 Prozent der Welttonnage besitzt. Allerdings steht die neue deutsche Handelsflotte im Durchschnitt auf einer höheren qualitativen Stufe als die Flotten der anderen Nationen. Die Entnahmen aus der deutschen Schifffahrt waren ein wesentlicher Verlust in der Zahlungsbilanz Deutschlands in der Kriegszeit, und mehr denn je könnten wir, wo es mit unserer Handelsbilanz so schlecht bestellt ist, eine große deutsche Handelsflotte brauchen, mit deren Gefährten wir einen Teil unserer Einfuhr bezahlen könnten. Aber ganz abgesehen davon, daß es ja der deutschen Volkswirtschaft so sehr an Kapital mangelt, würde eine schnelle Vergößerung der deutschen Handelsflotte schon deswegen auf Schwierigkeiten stoßen, weil infolge des allzu reichlichen Angebots von Schiffsraum schon seit Jahr und Tag auf dem Frachtenmarkt eine schlechte Konjunktur herrscht, und es deshalb zweifelhaft wäre, ob eine stark vergrößerte Flotte die nötige Beschäftigung fände. Bei den großen weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen Deutschland zu kämpfen hat, ist es um so notwendiger, daß wir mit dem, was wir an Wirtschaftskräften besitzen, möglichst häuslich umgehen. Ein großes Attribut der deutschen Wirtschaft ist unter reichlicher Beschäftigung

Salz

Wenn auch jetzt das hier früher vorhandene Monopol Deutschlands durch die Abtrennung Elsaß-Lothringens an Frankreich verlorengegangen ist, weil sich in Elsaß-Lothringen ergiebige Salzguben befinden. Die deutsche Salzindustrie leidet demnach darunter, daß viel zu viel Werke vorhanden sind, und infolgedessen die Produktion unnötig verteuert wird, weil die Werke ihre Einrichtungen nicht genügend ausnützen können. Zur Zeit sind 20 Salzwerke in Deutschland vorhanden, 83 davon unterliegen der Herrschaft des Wintersalzlagerwerks. Bis zum Jahre 1903 sollen von diesen 200 Werken 44 stillgelegt werden und auch von den verbleibenden 170 Werken dürfte infolge der sich vollziehenden Konzentration in der Salzindustrie eine größere Anzahl dauernd oder vorübergehend stillgelegt werden. Es sind heute schon Werke im

Entschieden begriffen mit einer Erzeugungsfähigkeit, die derjenigen früherer mittlerer Werke um das Sechsfache bis Fünffache überlegen ist. Früher betrug die durchschnittliche Monatsförderung eines mittleren Salzlagerwerks 80.000 bis 100.000 Doppelzentner. Schon bei dem heutigen Stand der Entwicklung würden 20 bis 25 Werke zur Erzeugung einer jährlichen Produktion von 10 bis 11 Millionen Doppelzentner Meinkali ausreichen. Geht die Entwicklung dahin, daß eine größere Anzahl von Werken mit täglicher Förderung von 60.000 Doppelzentner Meinkali entsteht, wie sie bei einem einzelnen Werk heranzieht, so würde die Zahl der in Betrieb befindlichen Produktionsstätten sich noch weiter verringern, und nur insoweit es gelänge, den Salzlagerstand über den jetzigen Stand von 10 bis 11 Millionen Doppelzentner Meinkali hinaus zu steigern, könnte die Zahl der wirtschaftlich arbeitenden Erzeugungsstätten entsprechend vermindert werden. Es würden freilich dann bei dem einzelnen Werk die Mineralisierungen nicht allzu lange vorhalten, und während man früher die Lebensdauer eines Salzlagerwerkes auf 100 Jahre veranschlagte, so müßte man dann vielleicht damit rechnen, daß das Salzwerk schon in 10 bis 20 Jahren erschöpft sein würde. Es könnte dann auch kommen, daß nach einem jedesmaligen Abschluß von Jahrzehnten neue Konzentrationenpunkte der Salzgewinnung entstehen, um nach Abbau der Mineralien wieder zu verschwinden. Eine Entwicklung der Salzindustrie, die die Produktion in verhältnismäßig wenigen Werken konzentriert, wäre an sich wünschenswert, weil dadurch die Produktionskosten des Salzes vermindert würden und dann die Preise herabgesetzt werden könnten, wobei es freilich zweifelhaft wäre, ob nicht die Herren Kapitalmagnaten verstanden würden, die Mehrgewinne lieber selbst einzukassieren. Für die

Arbeiter und Angestellten der Salzindustrie bringt diese Konzentration Bewegung große Gefahren, weil bei der Stilllegung von Schächten natürlich Arbeitskräfte entbehrlich werden. Es müßte dann dafür gesorgt werden, daß den Arbeitern, die auf diese Weise um ihre Existenz kommen, eine Entschädigung gegeben wird, die ihnen wenigstens über die erste Zeit hinweghilft.

Aus aller Welt

Vom Schornstein über Bord gerissen

Auf der Großen Meile ereignete sich auf dem von Berlin kommenden Dampfer „Ettin“ von der Eisbahngesellschaft in der Nähe von Greifenhagen ein Unfall. Der 22 Jahre alte Bootsmann Albert Krause wurde von dem umfallenden Schornstein getroffen, so daß er über Bord geschleudert wurde. Erbe ihm Hülfer zu Hilfe eilen konnten, war er bereits in den hochgehenden Wellen ertrunken.

Eine Bahnanstalt. In dem Dorfe Teutschneureuth bei Karlsruhe bedrohte der 20jährige Goldschmied Hermann Rod im Verkauf eines Stretches seine Frau mit dem Revolver. Auf die Hilferufe der Frau eilten ihre im gleichen Hause wohnenden Eltern sowie ihr Bruder herbei. Rod gab sofort die Schüsse ab. Die erste Kugel traf die Schwiegermutter so schwer in den Unterleib, daß sie kurz darauf starb; die zweite Kugel traf den Schwiegervater in den Mund und verletzte ihn ebenfalls schwer. Die letzte traf den Schwager in die linke Schulter. Diesem gelang es schließlich, Rod den Revolver abzunehmen. Rod floh und brachte sich verschiedene Schnittwunden am Unterarm bei, die auch die Schläglerbraten. Infolge des starken Mitternachtsbrach er schließlich bewusstlos zusammen. Die Verletzten wurden in das Krankenhaus gebracht.

Mühlberg

Herm. Mühlbergs

außergewöhnlich billige Wäsche - Tage

Damenwäsche	
Damen-Taghemden aus starkklädigem Wäschestoff m. Bogen- u. Sticker-Abschluß 1,90, 2,10, 2,25, 3,00	Damen-Taghemden, Trägerform m. Hohlsaum oder Sticker-Abschluß 1,55, 2,63, 3,75, 6,00
Damen-Beinkleider aus Renforcé, offen u. geschlossen. Form m. Sticker od. Hohlsaum 2,45, 2,90, 3,50, 4,75	Damen-Nachthemden aus feinerem Hemdentuch m. Bogen-, Hohlsaum- od. Sticker-Abschluß 4,40, 5,40, 5,90, 6,75
Damen-Nachtsachen aus Sommerstoff u. Bardent mit Bogen od. Sticker 3,25, 4,75, 5,20, 6,50	Damen-Hemdhos:n aus feinerem Hemdentuch, mit Hohlsaum oder Sticker verziert 5,25, 6,00, 6,80, 7,75
Damen-Unterhosen aus Wäschestoff od. Batist, Träger- od. angeschnittene Form, m. Bogen od. Sticker verziert 1,15, 1,45, 1,90, 2,25	Damen-Unterhosen in Jumperform aus Malo-Stoff, m. Sticker-Einsatz od. Spitz verarbeitet 2,25, 2,90, 3,50, 4,75
Damen-Prinzeßröcke aus Wäschestoff od. Batist m. reicher Sticker- od. Spitzenverzierung 6,50, 6,90, 7,50, 8,75	
Bett- und Tischwäsche	
Überzüge aus Linon, Stangenleinen und Damast 11,50, 12,50, 14,50	Kissen aus Linon, Stangenleinen und Damast 2,45, 2,75, 3,50
Tischwäsche aus Baumw., Halbleinen und Reinleinen je nach Größe von 5,75, 7,50, 9,75 bis 88,00	Servietten in besten Qualitäten, von 1,25, 1,50, 2,00 bis 2,50
Hauswäsche	
Handtücher aus Baumwolle, Halbleinen, Reinleinen 0,75, 1,00, 1,50, 2,25	Waschtücher aus Halbleinen und Reinleinen 0,75, 1,00, 1,50, 2,25
Staubtücher, gelb mit roter Kante 0,35, 0,45, 0,50	
Damen-, Herren- und Kinder-Unterkleidung	
Damen-Hemdrosen, weiß, gestrickte baumwoll. Ware, in drei Größen am Lager 2,65	Damen-Reformrosen, wollgem. Qualitäten, weiß, in guter Verarbeitung 3,25
Herren-Unterhosen, in wollgem. Ware in reichlichen Größen 3,00	Herren-Unterhosen, prima wollgem. Qualität, in tadelloser Ausführung 3,75
Kinder-Hemdchen, grau, 2x2 gestrickt, mit halben und langen Ärmeln 0,75	Kinder-Sprünghöschen, weiß, 1/1 gestrickt, Größe 1-8, Größe 1 1,25
Woll- und Kamelhaardecken	
Bett-Decken a. Waffelst., l. weiß u. farbig m. Fransen od. Bogen von 5,00, 6,50, 7,50, 9,00	Woll-Decken in braun u. grau, mit Kante 11,75, 13,50, 15,50 bis 34,50
Kamelhaar-Decken in prima Qualitäten, von 39,00, 41,00, 52,00 bis 65,00	

Alle Arten Kinderwäsche in sämtlichen Größen und hervorragenden Qualitäten bei niedrigsten Preisen am Lager

Wallstraße * Webergasse

Scheffelstraße